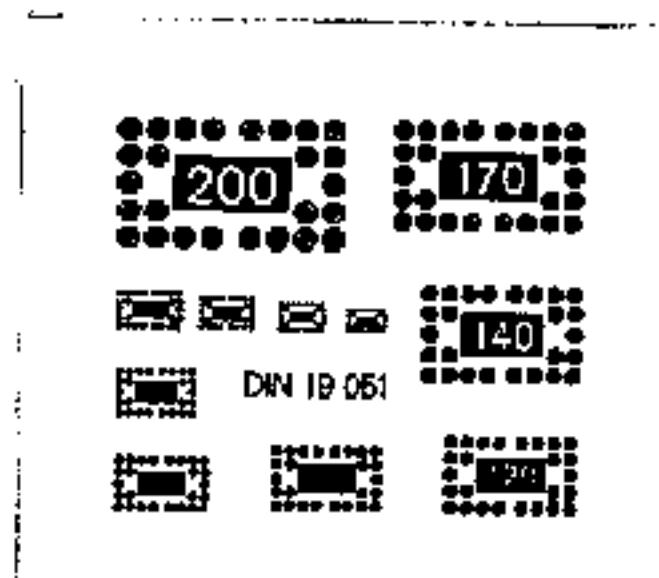


Grundwerte heute: Gerechtigkeit



C 01 - 01121

BERLIN, IM APRIL 2000

SPD

Programm

- 10.00 Uhr Begrüßung und Einführung:**
Ziele und Aufgaben der Programmdebatte der SPD
Rudolf Scharping
- 10.30 Uhr Durch innovative Politik zu gerechterer Teilhabe**
Wolfgang Clement
- 11.00 Uhr Soziale Gerechtigkeit in der Programmdebatte
der europäischen Sozialdemokratie**
Anthony Giddens
- 11.30 Uhr Podium: Wie viel Gleichheit erfordert Gerechtigkeit,
wie viel Freiheit braucht Innovation?**
Teilnehmer:
Wolfgang Clement,
Anthony Giddens,
Meinhard Miegel,
Birgit Mahnkopf
Leitung:
Wolfgang Thierse
Diskussion im Forum
- 12.45 Uhr Schlussfolgerungen und Perspektiven**
Wolfgang Thierse
- 13.00 Uhr Ende der Veranstaltung**

C 01 - 01121



Dialogoffensive 2000

Grundwerte heute: Gerechtigkeit

Berlin, 26. April 2000, Willy-Brandt-Haus

FORUM: Grundwert Gerechtigkeit

Sozialdemokratische Reformpolitik steht unter dem Motto „Innovation und Gerechtigkeit“. Innovationen – im wirtschaftlichen oder im gesellschaftlichen Bereich – sind für uns nicht Selbstzweck, sondern immer orientiert an unseren Grundwerten.

Das erste Forum der Reihe „Grundwerte heute“ im Rahmen der Dialogoffensive 2000 ist dem Grundwert Gerechtigkeit gewidmet. Damit eröffnen wir die Debatte um unser Grundsatzzprogramm und dessen Fortschreibung.

Der modernen Sozialdemokratie stellt sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit nicht mehr nur als Überwindung von Armut, sondern als die Einlösung des Rechtes auf Teilhabe an Erwerbsarbeit, Bildung und Kultur – heute und in den kommenden Jahrzehnten. In Zeiten technologischen Wandels und Globalisierung der Wirtschaft erfordert dies ein neues Leitbild sozial gerechter Politik.

Wir wollen deshalb fragen, wie dieses aussieht und was Politik angesichts veränderter Rahmenbedingungen zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit leisten kann und soll.

Die Fragen sind nicht nur vor dem Hintergrund der eigenen Tradition und Programmatik zu beantworten. Die Reichweite der Probleme, aber auch der Reichtum der jeweiligen Erfahrungen erfordern, diese Diskussion als europäische Wertedebatte zu führen.

Wir sind interessiert am offenen Gespräch und laden dazu herzlich ein.

Franz Müntefering

Rudolf Scharping

Wolfgang Thierse

Rudolf Scharping
Stellvertretender Parteivorsitzender der SPD,
geschäftsführender Vorsitzender der Programmkommission der SPD

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
 verehrte Anwesende,

ich möchte Sie herzlich zu dem ersten von drei Foren begrüßen, in denen sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Rahmen ihrer Programmdiskussion zunächst mit ihren Grundwerten auseinandersetzen wird:

der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Dieser Kanon der Grundwerte ist ja nichts anderes als jener Kanon der bürgerlichen Aufklärung, der unseren Kontinent zu einem Kontinent von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von entwickelter Humanität und zunehmend auch zu einem Kontinent der Integration gemacht hat. Ich greife dieses Stichwort der Integration deshalb am Anfang auf, weil im Prozeß der Globalisierung sich zugleich eine zunehmende Regionalisierung versteckt. Man kann das nicht nur erkennen an der Europäischen Integration, sondern auch an der Nordamerikanischen Freihandelszone, am Mercosur in Südamerika, an den Asean-Staaten oder an anderen. Wir sind davon überzeugt, dass die Verwirklichung sozialdemokratischer Grundwerte und die Behauptung einer spezifisch europäischen Zivilisation nur im Zuge dieser europäischen Integration gelingen wird. Die Nationalstaaten sind zu klein geworden, um alleine und nur auf sich gestellt das zu behaupten, was den Kern unserer Zivilisation ausmacht.

Vor diesem Hintergrund kann man die Frage stellen: was bedeuten denn Grundwerte sozialdemokratischer Politik in heutiger Zeit und wieso rechtfertigt sich nur gut zehn Jahre nach der Verabschiedung des Berliner Programms die Bemühung, sich einem neu formulierten Grundsatzprogramm der SPD zuzuwenden. Ich könnte viele Hinweise geben, will mich aber auf wenige beschränken.

Bei der Verabschiedung des Berliner Programms der SPD wußten wir zwar von der sich entwickelnden Deutschen Einheit, aber wir wußten nicht unter welchen Umständen, mit welcher Geschwindigkeit, mit welchen Schwierigkeiten, vor allen Dingen auch mit welchen Chancen sich die Deutsche Einheit entwickeln würde.

1989 hatten wir die Chance vor Augen, dass die Ost-West-Konfrontation verschwinden würde. Aber bei allen Fragezeichen, die man auch heute noch machen könnte, ob sie denn wirklich ganz und gar vollständig verschwunden ist und damit ihre Themen beantwortet wären, kann man feststellen: In dieser Form wie in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1989/90 der Ost-West-Konflikt die internationale Politik und insbesondere die europäische Politik beherrscht hat, tut er das heute nicht mehr. Das internationale Umfeld hat sich fundamental verändert.

Das sind neue Herausforderungen, neue Chancen, neue Möglichkeiten und natürlich auch neue und veränderte Risiken. 1989 gab es die gemeinsame europäische Währung nicht. Und fernab aller aktuellen Fragen, die sich aus der Relation zwischen Euro und Dollar ergeben mögen: die Tatsache, dass wir eine gemeinsame europäische Währung und sie garantierende, gemeinsame europäische Institutionen haben – ergänzend zu denen, die wir ohnehin schon 1989 hatten – bedeutet ebenfalls einen tiefgreifenden Wandel, dem wir uns stellen wollen.

Und, um ein viertes und letztes Stichwort aufzugreifen in einer Reihe von sehr vielen, die man nennen könnte: 1989 gab es auch das Internet nicht in seiner heutigen Bedeutung und beides, das Stichwort der europäischen Währung und das Internet, beides im Zusammenhang mit Globalisierung gesehen, macht auf eine Frage aufmerksam, die wir bei dieser Programmdiskussion berücksichtigen müssen: Die Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse hat ungeheuer zugenommen. In einer ganz groben Orientierung kann man sagen, dass das Radio etwa 50 Jahre brauchte, um weltweit etwa 50 Millionen Benutzer zu haben. Das Fernsehen brauchte, um weltweit etwa 50 Millionen Benutzer zu erreichen, etwa 15 Jahre, etwas weniger. Das Internet brauchte weniger als 5 Jahre. Das macht deutlich, dass neben den tiefgreifenden substantiellen Veränderungen und Herausforderungen, den großen Chancen aber auch den Risiken, die in diesem enormen weltweiten Prozeß stecken, natürlich auch die Frage der Geschwindigkeit eine große Rolle spielt.

Dass erstmals übrigens die Sozialdemokratie als Regierungspartei sich einem neuen Grundsatzprogramm zuwendet, ist auch ein Hinweis darauf, dass man in einer Zeit raschen und tiefgreifenden Wandels sich nicht verhalten kann, wie manche uns das in der Vergangenheit anempfohlen haben. Den Wandel ignorieren hieße, zum Ideologen oder zum Ignoranten werden. Sich dem Wandel zu unterwerfen, ihn einfach zur Kenntnis zu nehmen und ihn gewissermaßen laufen zu lassen hieße, zum blanken Opportunisten zu werden.

Den Wandel zu gestalten, das verstehen wir als die eigentliche sozialdemokratische Aufgabe und wir wissen, dass diese Aufgabe in Europa besser gemeinsam als in den Nationalstaaten isoliert voneinander gelöst werden kann. Es geht also nicht um die Formulierung alter Antworten auf neue Fragen und Entwicklungen. Es geht darum, eine verlässliche Orientierung durch ebenso verlässliche Grundwerte zu gewinnen als Maßstab für die Entwicklung der Antworten, die für die nächsten zwei Dekaden unser Land, unseren europäischen Kontinent und die weltweite Entwicklung bestimmen werden.

Es ist deshalb in unseren Augen folgerichtig, an diesem Prozeß der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms nicht nur unsere Mitglieder zu beteiligen oder eine Kommission zu berufen, die diesen Prozeß organisieren und vorantreiben soll. Die Mitglieder unserer Partei werden vielfältige Möglichkeiten haben, sich an diesem Programmprozeß zu beteiligen, übrigens auch unter Nutzung jener neuen Medien, von denen ich eben in einer kurzen Skizze gesprochen habe.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ebenfalls an dieser Diskussion beteiligen und folgerichtig auch die Vertreterinnen und Vertreter der großen gesellschaftlichen Gruppen, von denen man ja sagt, dass sie an Bindekraft verlieren. Das mag sein, aber die bloße Feststellung dieser Tatsache sagt ja noch nichts darüber aus, ob dieser Prozeß abnehmender Bindekraft großer gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen wirklich so wünschenswert ist, wie manche das unterstellen.

Und schließlich wollen wir an diesem Programmprozeß auch unsere europäischen Freunde und Partner beteiligen. Deshalb begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter hier auf dem Podium ganz herzlich als einen Ausdruck dessen, was wir erreichen wollen, nämlich einen breiten, diskursiv und inklusiv, einbeziehenden, integrierend angelegten Programmprozeß.

Es ist kein Zufall, dass wir heute mit Fragen der Gerechtigkeit beginnen. In Deutschland hat man die alten Ideale der Französischen Revolution von der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit im Zusammenhang mit der Gleichheit eher in Gerechtigkeit übersetzt. Politische Bürger-Rechte und soziale Rechte sind damit gleichermaßen gemeint. In den letzten anderthalb Jahrzehnten ist uns zunehmend stärker einzureden versucht worden, dass

Freiheit und Gerechtigkeit eigentlich Gegensatz, Gegenpol, Widerspruch seien und dass man nur das Eine haben könne um den Preis geringerer Bedeutung oder gar des Verlustes des Anderen. In unsern Augen gestaltet die Gerechtigkeit die Freiheit. Sie fesselt sie nicht, sie macht sie nicht wirkungslos, sie ist ein Gestaltungsmaßstab für die Entwicklung unseres Landes und unseres Kontinentes, ebenso wie die Freiheit die Gerechtigkeit fördert, anstatt sie zu ruinieren.

Was uns in den vergangenen Jahren einzureden versucht wurde, war, dass die wirtschaftliche Kraft, die Leistungsfähigkeit, die Risikobereitschaft, der unternehmerische Mut und Gestaltungswille, dass die Entfaltung dieser ökonomischen Kräfte am Ende nur gelingen könne, wenn man soziale Verantwortung reduziert. Das war falsch. Das war falsch, nicht nur im Blickwinkel der europäischen Zivilisation, sondern es war auch falsch mit Blick auf unsere eigenen Erfahrungen. Dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich werden Gesellschaften nur sein, wenn sie auch sozial gerecht gestaltet sind.

Gerade wer tiefgreifenden Wandel gestalten, wer Menschen motivieren, wer Menschen befähigen will, sich im Wandel zu behaupten und ihren Platz selbst zu bestimmen, der wird auf Gerechtigkeit nicht verzichten können. Umgekehrt: soziale Verantwortung und soziale Gerechtigkeit ist, ich sage es noch einmal, Gestaltungsmaßstab, nicht etwa Lazarettwagen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern verstehen wir Gerechtigkeitspolitik zunächst immer als eine vorbeugende Politik, als eine Politik, die Mängel und Lücken gar nicht erst entstehen lassen will, ob in der Arbeitswelt, in der Ausbildung, in der Vermittlung kultureller, sozialer und anderer Beteiligungsrechte oder andernorts.

Und damit bin ich dann bei einem Hinweis, den ich durchaus auch als Frage formulieren könnte:

Wenn wir uns darauf verständigen, dass Gerechtigkeit eben nicht nachsorgender Lazarettwagen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern Gestaltungsprinzip für unser Land und unseren Kontinent ist, dann können wir die Frage stellen, welche Dimensionen Gerechtigkeitspolitik eigentlich hat, angesichts der Herausforderung und der Veränderungen, die ich jetzt nur sehr grob umrissen habe. Da wäre beispielsweise die Frage nach der Teilhabegerechtigkeit. Lassen die neuen Entwicklungen weltweiter Ökonomie, weltweiter Kommunikation, weltweiter finanzieller Verflechtungen, lassen die Rasanzen, läßt das Tempo dieser Entwicklung noch Gerechtigkeit in der Teilhabe zu oder müssen wir uns auf den nachsorgenden Aspekt konzentrieren, der sagt, dieser Prozeß wird Verletzte, Verwundete haben, denen unsere Fürsorge, unsere Caritas im guten Sinne des Wortes gilt?

Ich glaube, dass vorbeugende Gerechtigkeitspolitik Teilhabe ermöglicht und Voraussetzungen dafür schafft und insofern ist es sinnvoll, auf die Erfahrungen anderer Länder zu schauen, denn die Bedeutung der Bildungspolitik, die Bedeutung der Ausbildung, um nur dieses Beispiel zu nennen, erschließt sich ja nur in dieser doppelten Dimension: der Dimension der demokratischen Teilhabe und der selbstbestimmten Möglichkeit, in einem völlig veränderten, tiefgreifend neuen, auch ökonomischen Prozeß, den eigenen Platz als Bürger und selbstbewußter Staatsbürger bestimmen zu können.

Neben der Teilhabe als einer Dimension von Gerechtigkeit gibt es eine andere, nach der man fragen sollte, das ist Beteiligungsgerechtigkeit. Und erst dann kommt auch die Verteilungsgerechtigkeit.

Dies alles sind Fragen, die ich jetzt hier nur anreißte, schon um meinem guten Freund Wolfgang Clement nicht all zu sehr vorzugreifen.

Ich will aber mit dieser, wenn Sie so wollen, Priorität: vorhingend denken, inklusiv, integrierend, zusammenführend Politik zu gestalten, Teilhabe und Beteiligung zu ermöglichen und erst danach die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu stellen, auch noch etwas anderes deutlich machen:

Ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm denkt vom einzelnen Menschen, denkt vom Individuum, denkt von seinen Rechten und Möglichkeiten her, von der Entfaltung seiner Freiheit und stellt danach die Frage, was die Individuen in ihren freien Zusammenschlüssen selbst leisten können, wozu also die Zivilgesellschaft fähig ist. Und dann stellt sie die Frage nach den staatlichen Regulativen, die wir z. B. auf der Ebene der gesetzgeberischen Möglichkeiten unverändert brauchen, die wir aber um so weniger im Sinne der Nachsorge brauchen werden, indem es gelingt, Vorsorge zu betreiben, sei es bei Bildung und Ausbildung, sei es in der Gesundheitspolitik, sei es in der Arbeitsmarktpolitik oder wo auch immer.

Mit diesen kurzen Hinweisen möchte ich deutlich machen, dass der Programmprozess den die SPD mit dieser Veranstaltung jedenfalls öffentlich beginnt – tatsächlich ist das schon seit längerem im Gange – eine, wenn Sie so wollen, dreifache Natur hat:

Das Eine ist das gemeinsame, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die Mitglieder unserer Partei und die europäischen Partner und Freunde einbeziehende Nachdenken über die Veränderungen der Welt, und zwar nicht nach der Methode „ignorieren oder unterwerfen“, sondern mit dem Ziel der Gestaltung.

Das Zweite ist: die Grundwerte, denen wir uns verpflichtet sehen und denen wir auch verpflichtet bleiben, Ernst zu nehmen als den Maßstab der Formulierung unserer Politik, wohl wissend, dass eine Regierungspartei mit ihren Handlungsmöglichkeiten gewissermaßen den Denkmöglichkeiten einer vorausdenkenden Partei folgt, wobei man immer darauf achten muß, dass die Rufweite erhalten bleibt und nicht die einen so weit voraus gedacht haben oder voraus genannt sind, dass die anderen gewissermaßen wie die Handwerker hinten nachkommen und man nicht erkennen kann, wie sich Vision und alltägliches Handeln, wie sich langfristige Zielsetzung und praktische Regierungstätigkeit miteinander verbinden.

Und in dieser Dimension drückt sich hoffentlich dann auch etwas aus, was ich versucht habe mit dem Hinweis auf die Geschwindigkeit zu verdeutlichen. Ich habe mich ja, wenn ich das ganz persönlich sagen darf, ab und zu mit dem wie auch immer gedachten Hinweis auseinander zu setzen, ich redete zu langsam. Das finde ich einen vertretbaren Vorwurf, solange er nicht mit dem anderen Vorwurf verbunden wird, ich dachte auch zu langsam. Ich schneide das aber aus einem ganz anderen Grunde an, meine Damen und Herren, verehrte Anwesende: weil gerade in Zeiten rasanten Wandels, in Zeiten, in denen sich alle immer mehr auf Ereignisse konzentrieren, in Zeiten, in denen immer mehr über Oberfläche und weniger über Substanz vermittelt wird, in Zeiten, in denen fast jeder von allem den Preis und von zunehmend weniger den Wert kennt. In solchen Zeiten zielt es eine Partei, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, wenn sie sich die Mühe macht – und im übrigen viele zur Mitarbeit einlädt –, in Ruhe darüber nachzudenken, wie man raschen Wandel an Werten orientiert so gestalten kann, dass für den einzelnen Menschen ein höheres Maß an Freiheit, ein sicheres Maß an Gerechtigkeit und für unser ganzes Land ein festeres Maß an Zusammenhalt entsteht.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle herzlich hier und verbinde das mit Grüßen vom Bundeskanzler und Parteivorsitzenden, der gerade eine Kabinettsitzung zu leiten hat und gebe jetzt das Wort weiter an Wolfgang Clement. Herzlich Willkommen.

Wolfgang Clement Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD

„Durch innovative Politik zu gerechterer Teilhabe“

I.

Das Streben nach Gerechtigkeit war die Wurzel für die Gründung unserer Partei vor anderthalb Jahrhunderten. Gerechtigkeit war, ist und bleibt für Sozialdemokraten Herzenssache. Deshalb bewegt es uns auch mehr als alle anderen, wenn die tragenden Säulen des Sozialstaats heute so sehr von den Wellen der Veränderung umspült werden.

Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung – diese Stichworte beschreiben Entwicklungen, die an den Nerv des gewachsenen Sozialstaats und unserer traditionellen Vorstellungen von Gerechtigkeit gehen. Nirgends ist der Bedarf an Orientierung heute so groß wie auf die Frage, wie wir Gerechtigkeit auch im 21. Jahrhundert herstellen und erhalten wollen. Keine zweite Frage wird mit so weitreichenden, vielleicht auch schmerzhaften innerparteilichen Diskussionen verhandelt sein.

Wir stehen hier programmatisch an einem Punkt, der vielleicht einmal zu Recht mit „Godesberg“ verglichen werden könnte. Wir stellen uns dieser Diskussion heute offen-siv und öffentlich. Denn ihre Bedeutung reicht weit über unsere Partei, ja über unser Land hinaus.

II.

In Amerika, so sagt man, passiere alles zehn Jahre früher als bei uns. Werfen wir deshalb einmal einen Blick zurück in die USA zu Beginn der 90er Jahre – in eine Zeit, als das „amerikanische Beschäftigungswunder“ einsetzte.

Ich erinnere mich gut an die Diskussionen,

- ob der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild sein könne für Deutschland und Europa,
- an die Diskussionen um „gute Jobs“ und „Billig-Jobs“,
- an die Frage, ob nicht eine Arbeit besser sei als keine Arbeit, selbst wenn es eine schlechter bezahlte Arbeit sei.

Vollbeschäftigung, das war die amerikanische Antwort, sei möglich – um den Preis einer wachsenden Einkommensspreizung und größerer sozialer Ungleichheiten.

Eine Antwort, die mit unseren traditionellen deutschen Vorstellungen von Gerechtigkeit kaum zusammenpasst. Der deutsche Sozialstaat schien damit vor die Wahl gestellt, entweder fortdauernde Arbeitslosigkeit zuzulassen oder mehr gesellschaftliche Ungleichheit. Wie wir alle wissen, hat sich Deutschland unter der Regierung Kohl – für Beides entschieden –.

Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die soziale Ungleichheit ebenfalls:

- Hohe und hartnäckige Arbeitslosigkeit,
- eine Lohnquote, die auf den Stand der 60er Jahre zurückgefallen war, während die obersten Einkommensgruppen ihren relativen Vorsprung in den 90er Jahren weiter ausbauen konnten,
- steigende Abgaben- und Steuerlasten gerade im Bereich der mittelständischen Leistungsträger und der Mittelschichten
- sowie ein nur noch für Experten durchschaubares und verständliches Steuersystem

Das waren die Konturen der Gerechtigkeitslücke, die die Bundesregierung Helmut Kohls hinterlassen hat und die im Kern von niemandem bestritten wird. Im Gegenteil: Heute reden viele, verdächtig viele über soziale Gerechtigkeit. Manche, weil sie es bitter nötig haben. Aber Reden allein ersetzt keine Kompetenz.

Die CDU hat sich nach 16 Regierungsjahren in Bonn resp. Berlin als Partei der sozialen Gerechtigkeit gründlich diskreditiert. – Daran werden auch neue Gesichter und die Hoffnung auf ein kurzes Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler so rasch nichts ändern.

Und die PDS, diese selbsternannte Gralshüterin der sozialen Gerechtigkeit, hat auf ihrem Parteitag in Münster ja eindrucksvoll gezeigt, was hinter dem neuen Image steckt: Alte Machtkämpfe, alte Orthodoxien, die Schlachtordnungen der vergangenen Jahre.

Ob CDU oder PDS – sie reden über soziale Gerechtigkeit, weil sie es für opportun halten und für modern. Für uns Sozialdemokraten ist soziale Gerechtigkeit keine Frage von Modernität. Für uns ist Gerechtigkeit Tradition – und damit lebendige Verpflichtung für heute und morgen.

III.

Deshalb müssen gerade wir Sozialdemokraten mehr als andere beherzigen, was Anthony Giddens sinngemäß so formuliert hat:

In der neuen Weltwirtschaft können Traditionen nicht mehr auf traditionellen Wegen verteidigt werden.

Ich halte das für einen ganz entscheidenden Punkt: Es geht nicht darum, sich von Traditionen und Werten zu verabschieden. Es geht darum, sie für die Stürme der globalen Wissensgesellschaft „wetterfest“ zu machen.

Was heißt das für das Ziel Gerechtigkeit?

Es heißt, dass Gerechtigkeit und verteilungspolitische Ziele legitim bleiben. Wer sie aber auf traditionellen Wegen ansteuert, wird Schiffbruch erleiden. Deshalb geht es um die Frage, wie wir die Prinzipien und die Praxis der gerechten, offenen Gesellschaft „kenter“ her machen. Von der politischen Konkurrenz können wir da, wie gesagt, kaum etwas lernen, und auch das Arsenal der Beschwörungsformeln und Faustregeln von gestern hilft heute nicht mehr weiter. Das gilt auch und vor allem für die plakative Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Gleichheit.

Gerechtigkeit, das bedeutete früher zuerst und vor allem mehr Gleichheit, und zwar ganz direkt mehr Verteilungs- und Ergebnislgleichheit.

Das hieß vor allem:

- Abbau der drastischen Einkommen- und Vermögensungleichheiten,
- Abbau der Ungleichheit der Lebenschancen,
- Abbau der Geburts- und Klassenprivilegien beim Zugang zum Bildungssystem und insbesondere zur höheren Bildung.

Die jedem Verständnis von Gerechtigkeit Hohn sprechenden Ungleichheiten lagen klar erkennbar und benennbar auf der Hand. Mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Bildungsreform und des Schutzes vor den großen Lebensrisiken durch den Sozialstaat hat die Sozialdemokratie zu allen Zeiten versucht, diesen Ungleichheiten zu Leibe zu rücken. Den historischen Erfolg dabei kann und wird niemand bezweifeln. Die Erfolge von gestern taugen aber nicht, um sich auf ihnen auszuruhen.

In der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts müssen Wohlstand und Gerechtigkeit Tag für Tag aufs Neue erarbeitet werden. Die stolzen Garantien, die wir unter dem Dach des Nationalstaats und der Nationalökonomie früher geben konnten, wiegen heute weniger auf der Waage der Weltwirtschaft. Deshalb führt uns der weitere Vormarsch auf bewährten, aber manchmal auch ausgetretenen Pfaden des Erfolgs heute nicht weiter. Mitunter kann er sogar Erreichtes wieder in Frage stellen.

So hilft uns der alte Glaube, dass alles sozial gerecht sei, was die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung verringert, in dieser Allgemeinheit nicht weiter. Wer nur auf die eine Seite – die Sphäre der Verteilung – schaut, und die andere Seite – die Sphäre der Produktion – außer Acht lässt, der läuft in die Irre. Denn die Reihenfolge muss umgekehrt sein.

Die Erwirtschaftung des Wohlstands kommt vor seiner Verteilung – und zwar im Interesse von Leistung und von Gerechtigkeit. Deshalb sind gerade wir Sozialdemokraten gut beraten, rechtzeitig unsere Gerechtigkeitsideale an den Realitäten der neuen Weltwirtschaft abzumessen.

IV.

Was wir dabei brauchen, ist Realismus und zielorientierter, prinzipientreuer Pragmatismus. Der gesunde Menschenverstand, die praktische Erfahrung, aber auch die realistische Theorie sind sich einig. Verordnete Gleichheit – das lehrt die Geschichte – ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit.

Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die Chancen auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit im Ergebnis zu sichern oder versprechen zu können. Diese Form von begrenzter Ungleichheit im Ergebnis kann sehr wohl auch ein Katalysator sein für individuelle als auch für gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Sie kann damit auch dem Anspruch dienen, ein realistisches Mehr an Gerechtigkeit zu schaffen.

Ich glaube, dies ist der archimedische Punkt in der sozialdemokratischen Programmdébatte in Europa. Dass hier zugleich auch der wundeste Punkt ist, liegt auf der Hand. Das Ziel

muss sein, die vertretbaren Ungleichheiten und die wünschenswerten Gleichheiten in ein produktives und ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen.

Ein Verhältnis, in dem

- der Freiheit des Einzelnen,
- dem gesellschaftlichen Fortschritt,
- der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- und dem solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft gleichermaßen und optimal gedient ist.

Ich möchte das an zwei aktuellen Beispielen erläutern:

Beispiel: Steuergerechtigkeit

Eine Steuerpolitik etwa, die im Namen der Verteilungsgerechtigkeit durch starke Progression die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu verringern versucht, aber das wirtschaftliche Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bremsen (Hinweis EU), ist nicht nur leistungsfördernd und zweifellos ein Beitrag zur Schaffung gerechter Lebensverhältnisse.

Sie kann auch nicht gerecht sein, weil sie Einkommenschancen und potentiellen gesellschaftlichen Wohlstand verschenkt und Innovation und Dynamik insgesamt lähmt. Wenn aber umgekehrt eine Steuerreform – so wie die Bundesregierung sie jetzt machen will – die Einkommens- und Vermögensungleichheit zwar nicht aufhebt, ja zunächst allenfalls zu einem „etwas Mehr“ an Gerechtigkeit führt (durch die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs), wenn diese Steuerreform aber andererseits zu neuem Wachstum und zu mehr Arbeitsplätzen führt und so den gesellschaftlichen Wohlstand insgesamt hebt, dann ist das leistungsfördernd und zweifellos ein Beitrag zur Schaffung gerechter Lebensverhältnisse.

Beispiel: Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Es gibt Menschen, die können das hohe Tempo in der Wirtschaft nicht mithalten; sie bleiben dann, z.T. jahrelang, „außen vor“. Aber niemand ist ohne irgendein Talent, und wir sollten und dürfen es uns gesellschaftlich nicht leisten, Talente zu vergeuden. Denn Talente sind unser Reichtum von morgen.

Wir müssen deshalb Wege finden, um die „Emanzipation der Talente“ von standardisierten Regeln und Traditionen voranzubringen. Einen Weg dazu bietet die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie kann Menschen, die lange Zeit außerhalb des Erwerbslebens stehen mussten, neue Chancen auf neue Arbeit bieten – eine Arbeit allerdings, die nicht dem entsprechen muss, was bei uns als „Normalarbeitsverhältnis“ Tradition hat.

Bei uns wird dies allzu oft als Bedrohung von Standards und erkämpften Rechten und Ansprüchen wahrgenommen. Aus den Niederlanden habe ich aber gelernt, dass auch große Schritte der Flexibilisierung und Differenzierung insgesamt gesehen sehr wohl sozial gerecht gestaltet werden können.

Ich denke, es ist ein Beitrag zu größerer Gerechtigkeit – Leistungsgerechtigkeit genauso wie Bedürfnisgerechtigkeit –, wenn auf diesem Wege die Chancen für gesellschaftliche Beteiligung, für Innovation und wirtschaftliches Wachstum verbessert werden, und wenn auf diese

Weise am Ende des Tages sehr viele Menschen bessere Lebens- und Handlungsmöglichkeiten gewinnen.

Beide Beispiele lehren meines Erachtens, dass Strukturen und Regeln, die den Zuwachs an gesellschaftlichem Wohlstand durch Partizipation, Innovation und Wachstum dauerhaft behindern, nicht wirklich gerecht sein können. Das Thema des 21. Jahrhunderts werden nicht mehr – wie im Sozialstaat des 20. Jahrhunderts – der Ausbau der erworbenen, manchmal „erkämpften“ Institutionen und Ansprüche sein können, sondern die Frage, wie wir Chancengleichheit und maximale individuelle Entfaltungsmöglichkeiten dynamisch verankern und sicherstellen.

V.

Der amerikanische Philosoph John Rawls hat diese Gedanken konsequent und umfassender ausformuliert. Demnach muss sich eine Politik der Gerechtigkeit daran messen lassen, ob sie einen wirksamen Beitrag dazu leistet, dass sich der gesellschaftliche Wohlstand im Ergebnis in einem Maße erhöht, von dem alle einen Vorteil haben.

Mir gefallen diese Überlegungen ausgesprochen gut. Sie liefern die Grundlage für ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das den Blick auf die produktive, wertschöpfende Kraft von Gerechtigkeit auch in der Wissensgesellschaft lenkt. Damit wird zugleich eine Grenze zu den individualistischen Ansätzen des Neoliberalismus gezogen, der die produktive Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts systematisch unterbewertet. Und nicht zuletzt passen diese Überlegungen sehr gut in unsere heutige Welt – die Welt der größeren gesellschaftlichen Differenzierung, des intensiven wirtschaftlichen Wettbewerbs und der raschen technologischen Innovation.

Eine Welt, in der nur die Gesellschaften ihren Wohlstand behaupten können, die wettbewerbsfähig und innovativ, leistungsorientiert, aber auch ernsthaft um den sozialen Zusammenhalt bemüht sind. Dem stünde eine solche neue Politik der Gerechtigkeit nicht entgegen. Im Gegenteil, diese Überlegungen sind unmittelbar praxistauglich. Sie finden gerade in der Dynamik der realen Welt die Grundlage, um möglichst vielen Menschen die besten Chancen bieten zu können.

Zwei Voraussetzungen müssen für ein solches Verständnis von Gerechtigkeit erfüllt sein:

- Allen Individuen müssen dieselben Grundrechte im größtmöglichen Maße garantiert sein. Das heißt in jedem Fall: bestmögliche Startchancen möglichst für alle und gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern und Positionen zu gewährleisten.
- Und zum zweiten heißt Gerechtigkeit in diesem Sinne in erster Linie Gleichheit der Chancen, aber nicht Gleichheit der Ergebnisse, die die Einzelnen erzielen, wenn sie ihre Chance nutzen.

Beide Entwicklungslinien, nämlich gleich gute Entfaltungschancen einerseits und Chancengleichheit andererseits, verbinden sich nahtlos mit einem anderen grundlegenden Programmsatz der Sozialdemokratie – mit der Freiheit. Sie verbinden Freiheit und Gleichheit: Die gleiche Freiheit für alle bleibt so ein Grundprinzip von und für Gerechtigkeit. Denn Gerechtigkeit muss auch in Zukunft immer auf Freiheit bezogen sein, so wie Freiheit immer auf Gerechtigkeit bezogen sein muss.

Wir alle wissen: Nur wer über ein Mindestmaß an materieller und sozialer Sicherheit verfügt, der kann seine Chance zur Freiheit auch nutzen und die ihm rechtlich zustehenden Freiheiten auch eigenständig ausfüllen. Deshalb wird es auch in Zukunft gezielter öffentlicher Interventionen dort bedürfen, wo es mit der Gleichheit von Startchancen nicht getan ist. Es wird auch in Zukunft niemand im Namen der Chancengleichheit allein- oder zurückgelassen. Es wird um jedes Talent gekämpft.

Es wird und muss auch in Zukunft ein gewisses Maß an politisch verantworteter Korrektur von Chancen und Ergebnissen hinzukommen. Wie groß dieses Maß ist, welche Richtung es nimmt, das wird im politischen und öffentlichen Diskurs zu entscheiden sein. Das wichtigste Feld, auf dem sich diese Auseinandersetzungen künftig abspielen werden, ist nach meiner Auffassung die Bildungspolitik.

VI.

Das Bildungssystem wird künftig mehr denn je zum Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. Wie ernst wir Sozialdemokraten die Forderung nach Gerechtigkeit auch in Zukunft nehmen, wird daher vor allem in der Bildungspolitik sichtbar werden. Ich würde nicht so weit gehen zu sagen, dass die für soziale Gerechtigkeit elementare Frage der Beschäftigung und der individuellen Lebenschancen allein im Bildungssystem entschieden wird. Aber ich bin davon überzeugt, dass das Bildungssystem für die Zuteilung von Arbeits- und Lebenschancen noch mehr an Bedeutung gewinnen wird als es heute schon der Fall ist.

Eines der größten Defizite sozialer Gerechtigkeit liegt heute in der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt und, damit verbunden, häufig auch aus dem gesellschaftlichen Leben. Deshalb gilt:

Mehr Beschäftigung und alles, was die Einbeziehung von Menschen in das gesellschaftliche Leben fördert, bedeutet mehr Gerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund steht eine gerechte Bildungspolitik vor einer doppelten Aufgabe:

Erstens, das Wissen und die Kompetenzen zu vermitteln, die morgen über gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, und dabei gleichzeitig zweitens, soziale Ausgrenzungen angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen zu verhindern. Um das zu erreichen, brauchen wir nicht nur die eine oder andere Bildungsreform, sondern ein neues Leitbild für unsere Bildungspolitik insgesamt.

Ein Leitbild, das gleichzeitig an den Bildungseinrichtungen und den Bildungsinhalten ansetzt. Ein Leitbild, das zwischen verschiedenen Polen justiert werden muss, nämlich im Spannungsfeld von

- Chancengleichheit für alle und differenzierter Leistungsförderung,
- Individueller Entfaltung und sozialem Zusammenhalt,
- Sicherung von Standards und Aufbruch zu Innovation,
- Lokaler Einbindung und globaler Vernetzung,
- sowie neuartiger Verknüpfung öffentlicher und privater Verantwortung für die Finanzierung von Bildung.

Für eine Bildungsreform in diesem Spannungsfeld hat das neue Verständnis von Gerechtigkeit eine entscheidende Konsequenz: Chancengleichheit und Leistungsorientierung sind keine Gegensätze, sie gehören direkt zusammen.

Wenn nämlich für Gerechtigkeit die gesellschaftlichen Entwicklungspotentiale entscheidend werden, dann widerspricht die Förderung von Spitzenbegabungen der Chancengleichheit in der Breite in keiner Weise. Denn ohne das höchstmögliche Niveau von Bildung und Weiterbildung, Wissen und Kompetenz für alle können wir in der Wissensgesellschaft nicht erfolgreich sein. Das ist eine wichtige Vorbedingung dafür, dass jeder dann seine eigenen Freiheiten und Erwerbschancen selber nutzen kann.

Genauso gilt aber:

Ohne konsequente Förderung der Spitzenbegabungen kann die Gesellschaft insgesamt in der weltweiten Konkurrenz nicht bestehen, kann der Wohlstand, der allen zugute kommt, nicht gesichert und gewahrt werden.

Darum verlangt eine gerechte Bildungspolitik für die Zukunft gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck die Integration aller und ihre größtmögliche Förderung genauso wie die besondere Förderung von Spitzenleistungen und Spitzenbegabungen – und zwar ohne Hemmungen und Halbherzigkeiten.

VII.

Bei alledem dürfen wir uns auch keinen Illusionen hingeben. Auch ein perfektes Bildungssystem wird am Ende immer zu kurz greifen, wenn es nicht auf der Verantwortungsbereitschaft und der selbstverantwortlichen Initiative der Einzelnen unterstützend aufsetzen kann. Nur da, wo diese Verantwortung und Initiative vorhanden ist, wird der Staat wirksam helfen können – und dann ist es freilich sein Pflicht, das Notwendige wirkungsvoll zu tun.

Staatliches Handeln, ob im Bildungs- oder im Sozialsystem im Ganzen, kann Voraussetzungen schaffen, Korrekturen und Hilfen anbieten. Das Entscheidende, das selbstverantwortete Handeln der Individuen kann er niemals ersetzen. Diese Ehrlichkeit ist auch ein wichtiges Element modernen Gerechtigkeitsdenkens. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit hat nicht nur einen Adressaten.

Eine neue Gerechtigkeitspolitik für die dynamische Gesellschaft der Zukunft muss deshalb zu neuen Formen der Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft finden. Wir brauchen eine Neubestimmung auf die Kernaufgaben des Staates und auf die Pflichten der Einzelnen in der Gesellschaft.

Für uns Sozialdemokraten ist und bleibt es eine Selbstverständlichkeit, dass der klassische Sozialstaat mit seinen schützenden, helfenden und sichernden Funktionen nicht durch ein noch so leistungsfähiges Bildungssystem ersetzt werden wird. Das wäre ein viel zu weit gegriffenes Verständnis von Chancengleichheit.

Der Schutz der Einzelnen vor den großen Lebensrisiken und vor dem Absinken in entwürdigende Lebensverhältnisse bleibt immer eine zentrale Verpflichtung unserer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Aber der Sozialstaat der Zukunft wird sehr viel mehr darauf achten müssen, die Einzelnen in die Pflicht zu nehmen und, wenn nötig, auch zu drängen, ihrer eige-

nen Verantwortung nachzukommen. Das ist die Pflicht der Individuen gegenüber der Gesellschaft, das ist ihr Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Wir nennen das „Fordern und Fördern“, oder: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten. Zu einem zeitgemäßen Verständnis von Gerechtigkeit gehört eben auch eine veränderte Verantwortungskultur.

VIII.

Eine neue, tragfähige und die Bürgerinnen und Bürger überzeugende Gerechtigkeitspolitik ist zugleich ein gutes Mittel, um gesellschaftlicher Apathie und Ressentiments entgegenzuwirken.

Beides, Apathie und Ressentiment kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Apathie nicht, denn sie führt zu Entfremdung und Leistungsverweigerung. Ressentiments auch nicht, denn sie bilden die Schwungmasse für Extremismus und Populismus. Das gefährdet nicht immer unmittelbar die Demokratie, aber es verdirbt das Klima in ihr, verkürzt ihre großartigen Möglichkeiten und lenkt ihre Energien fehl.

Deshalb bleiben wir Sozialdemokraten dabei:

So sehr eine entschlossene Politik der Modernisierung, des Wachstums, der Innovation und der Flexibilisierung notwendig ist, so sehr werden wir auch in Zukunft dafür kämpfen, dass die Politik der sozialen Gerechtigkeit das Fundament dafür sichert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anthony Giddens

Zunächst einmal wünsche ich allen einen Guten Morgen. Es ist mir eine Ehre, heute morgen hier zu sein und ich möchte sogleich um Nachsicht dafür bitten, dass ich meine Rede auf Englisch halte. Auch möchte ich die Gelegenheit nutzen, um die Grüße der Genossen der Labour Partei an die SPD zu übermitteln.

Als ich erfuhr, dass ich auf dieser Veranstaltung in Deutschland sprechen würde, überlegte ich mir spontan, meine Rede mit einem Witz einzuleiten. Mir fiel auch ein guter ein, wie ich meinte. Doch musste er erst die Generalprobe bestehen. Ich rief also gestern meinen Freund, den Soziologen Ulrich Beck an und erzählte ihm den Witz. Er verstand ihn aber überhaupt nicht, und daher bitte ich Sie um Vorsicht: Dieser Witz kann von denjenigen, die ihn nicht begreifen, als Parabel ausgelegt werden. Der Witz ist kein englischer, es ist ein russischer. Ein Mitglied der neuen russischen Bourgeoisie steigt auf ... Er hat ein großes Haus und viel Geld. Jeden Tag kommt er aus dem Haus, steigt in sein neues Auto und fährt damit weg. Und jeden Tag hält ihn ein Verkehrspolizist an und verlangt von ihm ein Bußgeld von 50 Dollar, weil seine Räder schmutzig sind, die Antenne seines Autoradios falsch positioniert ist oder bloß, weil er die falsche Automarke fährt ... Dann ist der reiche Russe zwei Wochen fort. Als er zurückkehrt, fragt ihn der Polizist: „Wo waren Sie denn so lange?“ und der Russe antwortet: „Tja, ich war in Urlaub, auf den Bahamas.“ Und der Polizist antwortet: „Was? In Urlaub? Von meinem Geld?“

Nun, jetzt habe ich Sie doch ein bisschen zum Lachen gebracht!

Was hat es mit diesem Witz auf sich? Es gibt viele Interpretationsmöglichkeiten; eine davon ist, dass es keine Gesellschaft ohne den Begriff der sozialen Gerechtigkeit geben kann, unabhängig davon, wie verdreht oder verfälscht dieser Begriff in seiner Anwendung sein mag. Und um der Gefahr vorzubeugen, die Sozialdemokraten könnten es vergessen: Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Umverteilung, auch wenn sie nicht auf die gewünschte Art und Weise vollzogen wird.

Dieser Witz zeigt auch, dass soziale Gerechtigkeit unabhängig von ihrer Definition das Allgemeingut einer menschenwürdigen Gesellschaft darstellt. Mit diesem Einstieg möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Sorge der Sozialdemokraten um die soziale Gerechtigkeit voll und ganz berechtigt ist. Soziale Gerechtigkeit bildet immer noch die Trennlinie zwischen Links und Rechts; auch bietet sie den Boden für die Position der links von der Mitte stehenden Parteien, von denen es zur Zeit so viele in Europa gibt. Der Bürger will nicht schutzlos dem globalen Marktplatz begegnen müssen, im Gegenteil, er möchte, dass ihm Schutz vor Ungleichheit und vor den neuen Gefahren die mit der modernen Gesellschaft einhergehen, geboten wird. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist augenscheinlich einfach zu erklären, und ich glaube nicht, dass seine Definition uns zu weit von den typischen Sorgen der politischen Linken entfernen sollte.

Ich möchte Ihnen meine Definition an die Hand geben: Soziale Gerechtigkeit setzt eine egalitäre Gesellschaft voraus, also eine Gesellschaft, die besonderen Wert auf Gleichstellung legt, in der Gleichstellung – und das haben auch meine Vorredner herausgestellt – liegt die Voraussetzung für Freiheit und Selbstbestimmung. Diese schaffen wiederum den Boden für soziale Solidarität. Eine Gesellschaft mit einer Vielzahl von Ungleichheiten kann nicht solidarisch sein. Das ist ein Widerspruch in sich, der den engen Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Solidarität deutlich macht. Soziale Gerechtigkeit heißt auch Sorgetragen

für die Schwachen in der Gesellschaft, ihnen Schutz und Sicherheit bieten, doch nicht nur ihnen, auch die anderen Mitglieder der Gesellschaft werden schutzbedürftig, wenn die Verwundbarkeit sich ausbreitet. Daher sind Solidarität und der Schutz des sozial Schwächeren die essentiellen Werte der sozialen Gerechtigkeit. Und als Sozialdemokrat muss man anders handeln als der Verkehrspolizist. Man muss soziale Verantwortung übernehmen, etwas anderes niederschreiben und darf nicht bereit sein, das dem Verkehrspolizisten zu überlassen. Die aktive Hand der Regierung hat die Aufgabe, diese Werte zu schützen. Sind dies doch die wichtigsten Theoreme der Sozialdemokratie, die es heute zwingend gilt zu verteidigen. Warum muss vor diesem Hintergrund ein großer Ausschuss, ja müssen die Teilnehmer einer ganzen Konferenz, dieses Thema diskutieren? Die Gründe haben Herr Scharping und Herr Clement in ihren Eröffnungsreden sehr anschaulich erläutert. Die tiefen Umwälzungen innerhalb unserer Gesellschaft erfordern eine systematische Diskussion über soziale Gerechtigkeit. Eine grundlegende Diskussion über dieses Thema kann nur geführt werden mit dem, der begriffen hat, wie dramatisch, schnell und folgenreich sich diese Veränderungen vollziehen.

Ich möchte nur kurz dazu Stellung nehmen. Wir alle wissen um die drei großen Veränderungen – verzeihen Sie mir bitte diese leicht belehrend didaktische Sichtweise – die unsere Gesellschaft umwälzen und in den letzten zwei oder drei Jahren unaufhörlich diskutiert wurden. Erstens geht es natürlich um die Auswirkungen der Globalisierung, die auch dieser Konferenz ihren Namen geben. Ich bin sicher, dass die Debatte um die Globalisierung vorangekommen ist. Zu viele Linke haben in der Vergangenheit dieses Phänomen als inexistent oder althergebrachte abgetan, es als reversibel betrachtet, weil sie der Meinung waren, dass einige Aspekte der Globalisierung von der Staatspolitik ausgingen und im Umkehrschluss von dieser wieder zurückgeschraubt werden könnten. Dieser Standpunkt wird heute nur noch von einigen wenigen aufrechterhalten, weil er nicht vertretbar ist. Wie wir gerade schon gehört haben: Man führe sich einzig und allein den Einfluss des Internet auf die Welt vor Augen, um zu erkennen, wie wenig verteidigungswürdig dieser Standpunkt ist. Das Internet wurde bewusst eingeführt. Es war ein Projekt der Vereinigten Staaten von Amerika aus den Zeiten des Kalten Krieges. Im Anschluss daran kam es in die Universitäten, und mittlerweile hat es die Ausmaße eines sich in alle Bereiche streckende Phänomens angenommen. Ja mehr noch, eine Welt ohne Internet ist nicht mehr vorstellbar. Die Tatsache, dass bestimmte Dinge im Sinne einer bewussten politischen Strategie eingeführt werden, heißt noch lange nicht, dass man diese Entwicklungen wieder rückgängig machen kann. Man kann den Zahn der Zeit nicht zurückdrehen. Die Debatte über die Globalisierung hat sich daher zwar verlagert, aber sie wird seit langem nicht mehr zwischen den Skeptikern und denjenigen geführt, die sie als gegeben ansehen. Jetzt geht es vielmehr um die Konsequenzen der Globalisierung. Die Proteste in Seattle (Washington) zeigen, dass nun die Folgen dieser Entwicklung diskutiert werden.

Wenn wir an die zweite technologische Innovation denken, kommt uns natürlich sofort die Informationstechnologie und die Internet-Manie, die in Europa herrscht, in den Sinn. Im Vergleich mit den Vereinigten Staaten hat unser Kontinent so schnell aufgeholt, dass man von einer Manie im positiven Sinne sprechen kann. Die aktuellen Entwicklungen übersteigen bei weitem die bloße Dimension des Internet. Seit einem Vierteljahrhundert wird Informationstechnologie mittlerweile in der fertigen Industrie eingesetzt, und das hat diesem Wirtschaftszweig eine vollkommen neue Dimension gegeben. Der Einfluss des Internet wird sich also hauptsächlich auf die sogenannten alten Wirtschaftszweige und nicht auf neue auswirken. 80 % des Internetgeschäfts vollzieht sich in Transaktionen im Bereich Business-to-Business. Einige sind der Ansicht – und dazu zähle ich auch mich – dass sich in der fertigen Industrie in zehn bis fünfzehn Jahren ähnliche Prozesse vollziehen werden wie in der Landwirtschaft, denn sie war in der Vergangenheit der Beschäftigungszweig, in dem rund 40 % der Bevölkerung tätig waren, heute sind nur noch 2 % in der Landwirtschaft beschäftigt. Es ist durchaus

realistisch, davon auszugehen, dass in einem Zeitraum von ungefähr fünfzehn Jahren nur noch 5 % der Bevölkerung in der fertigen Industrie arbeiten werden und dass diese 5 % mehr produzieren werden, als der zum momentanen Zeitpunkt in diesem Zweig beschäftigte Bevölkerungsanteil. In Deutschland sind noch über 22 % der Erwerbstätigen in der fertigen Industrie tätig. Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten, in denen der Anteil 15, 16 oder 17 % beträgt, wird klar, wie wichtig die Rolle der neuen Wissensbranche für Deutschland ist.

Auch Veränderungen im Alltagsleben sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen, doch diese Faktoren werden schnell außer Acht gelassen. Wie mein Freund, der Soziologe Ulrich Beck bereits aufgezeigt hat, ist unser Leben nicht mehr ausschließlich von Schicksal, Tradition und Sitten geprägt. Wir müssen unser Leben heute sehr viel offener gestalten. Das bringt Konsequenzen für Eheschließungen, die Familie, die Rolle der Frau und dadurch die Rolle des Mannes, aber auch für die Politik mit sich. Politiker können ihre Legitimität nicht mehr als selbstverständlich voraussetzen. Für Sozialdemokraten heißt das, in der Legitimität einen fortlaufenden Prozess zu sehen, und zwar nicht nur, um Regierungspartei zu werden, sondern auch um sich in dieser Position zu behaupten. Es gilt, an jeder Stelle um die Legitimierung durch eine skeptische Öffentlichkeit bedacht zu sein. In dieser Hinsicht besteht ein gravierender Unterschied zu der politischen Situation von vor einigen Jahren. Unsere Hauptsorge gilt daher der Frage, wie wir dem Grundwert der sozialen Gerechtigkeit in einer Zeit grundlegender Veränderungen gerecht werden können. Und diese Frage hat zu der allseits bekannten Spaltung der Linken, nicht nur in Europa, sondern in fast allen Ländern der Welt geführt. Sie hat zwei Seiten hervorgebracht: die Traditionalisten auf der einen und die Modernisierer auf der anderen Seite. Natürlich kann sich kein Politiker der Linken mit der Titulierung „Traditionalist“ anfreunden; wahrscheinlich ist das kein gut gewählter Begriff. Gemeint sind die Menschen, die eher für die Aufrechterhaltung der bestehenden Institutionen eintreten, als eine Veränderung anzustreben. Ich bin ein unerschrockener Modernisierer. Dennoch trete ich ein für die Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit in der Welt, weil sie wirklich eine innovative Politik darstellt, und insofern stimme ich meinen Vorrednern zu. Dieses Ziel erreicht man nicht durch das Festklammern an veraltete politische Vorgehensweisen. Es ist nicht sinnvoll, einer radikal neuen Welt einfach mit der traditionellen Politik zu begegnen, traditionelle Werte zählen weiterhin, doch traditionelle politische Strategien und etablierte Institutionen müssen einen Wandel erfahren. Zweifelsohne müssen sie allein deshalb verändert werden, damit sie den Wert hervorbringen können, den die soziale Gerechtigkeit darstellt. Das ist unsere Forderung. Sie zirkuliert in den Debatten der Sozialdemokraten auf der ganzen Welt, weil sie den Weg zur Verteidigung der egalitären Gesellschaft ebnet. Wir brauchen Innovation und die Bereitschaft, uns von überholten politischen Vorgehensweisen zu verabschieden und einen Teil der Institutionen umzustrukturieren, die in der Vergangenheit für die Linke standen. Doch nur die Haltung des Modernisierers kann dieses Ziel erreichen. Das lässt sich ganz leicht anhand konkreter Beispiele darstellen. Es tut mir leid, dass ein Großteil meiner Anliegen bereits von anderer Seite vorgebracht wurde, aber das ist das Los des dritten Sprechers. Zunächst gibt es keine sozial gerechte Gesellschaft mit einer hohen, chronischen Arbeitslosenrate. Eine Gesellschaft, die an Massenarbeitslosigkeit krankt, kann nicht gerecht sein. Daher stellen Beschäftigung und eine Generation der Beschäftigung die Kernfaktoren einer gerechten Gesellschaft mit zeitgemäßen Bedingungen dar. Unsere Aufgabe ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Zweitens: Renten. Eine Gesellschaft, die eine schwere Rentenlast zu tragen hat, kann keinen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten. Eine solche Gesellschaft bringt in der Regel ein Sozialsystem hervor, das Solidarität nicht fördert, sondern, im Gegenteil, Gräben schlägt und in diesem Fall den Generationenkonflikt hervorbringt. Der Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn solche Entwicklungen im Keim erstickt werden.

Daher ist das bloße Festhalten an vorhandenen politischen Strategien nicht konstruktiv. In diesem Zusammenhang lässt sich ein höchst interessantes Phänomen innerhalb der Sozialdemokratie in Europa beobachten, für das diese Konferenz exemplarisch steht. Es findet ein Dialog zwischen den Parteien statt, die links vom Zentrum stehen, und alle diese Parteien streben gewissermaßen ein gemeinsames Programm an. Ich nenne es „das neue europäische Sozialmodell“.

Ich möchte Ihnen die Verteidigung, wenn nötig sogar die aggressive Verteidigung des europäischen Sozialmodells ans Herz legen. Das heißt, dass wir nicht nach einer Gesellschaft streben, die eine bloße Anpassung an die Veränderungen vollzieht, die uns umgeben. Das europäische Sozialmodell verfolgt nach wie vor im wesentlichen dieses Ziel, doch es muss neu mit Leben gefüllt werden. Dieses neue Sozialmodell zieht sich durch sämtliche von den linken Parteien herbeigeführten Veränderungen in Europa. Da wir wenig Zeit haben, möchte ich ganz kurz die Hauptmerkmale des europäischen Sozialmodells aus meiner Sicht umreißen.

Zunächst beinhaltet dieses Modell die Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Wie der Witz oder auch „Unwitz“, mit dem ich begonnen habe, zeigt, dass es keine soziale Gerechtigkeit ohne Umverteilung gibt. Die Sozialdemokraten müssen sich weiterhin für die Umverteilung einsetzen, jedoch mit einem anderem Schwerpunkt. Die Abhängigkeit von der passiven Umverteilung der Einkommen oder des Vermögens kann nicht das Ziel sein. Das erste Merkmal des neuen europäischen Sozialmodells ist der auf Vermögen basierende Egalitarismus – so würde ich ihn nennen. Wir möchten Können, Fähigkeiten und Potential umverteilen, über das sogar die ärmsten Menschen in unseren Gesellschaften verfügen, um ein Funktionieren in der Gesellschaft möglich zu machen. Wir alle kennen die Beweggründe für ein aktives Handeln in dieser Richtung; es hat nämlich keinen Zweck, eine passive Umverteilung des Einkommens auf jemanden zu vollziehen, der nicht in der Lage ist, den Aufkleber auf einer Arzneimittelflasche zu lesen. Daher muss Umverteilung an die Fähigkeit gekoppelt sein, an der Gesellschaft im weitesten Sinne teilzuhaben, und das bedeutet, in Menschen und ihr Arbeitsvermögen zu investieren. Besteht auch nur im Entferntesten die Möglichkeit, sollte man in das Kapital menschlicher Arbeit investieren, ungeachtet der Frage, ob sich die Investitionsträger innerhalb oder außerhalb des Arbeitsmarktes befinden.

Zweitens: Das neue europäische Sozialmodell bringt einen neuen Ansatz zur Besteuerung mit sich. Die Linke muss sich von der Vorstellung lösen, dass hohe Steuersätze unweigerlich soziale Gerechtigkeit nach sich zöge. Jede Gesellschaft braucht eine angemessene Steuerbemessungsgrundlage, die das Triebwerk für die Umverteilung bildet. Auf der anderen Seite ist es notwendig, Steuerpolitik in den direkten Zusammenhang mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu stellen, in höherem Maße, als es bisher von der Linken praktiziert wurde. Das bedeutet, dass Steuersenkungen nicht zur Eindämmung der sozialen Gerechtigkeit führen, sondern im Gegenteil zu ihrer Förderung beitragen, indem sie Arbeitsplätze schaffen und Menschen aus schwierigen Lebenssituationen befreien. Es ist offenkundig, dass Steuersenkungen für die Armen in der Gesellschaft zum Beispiel nicht nur ein Vehikel der sozialen Gerechtigkeit sind, sondern auch helfen, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dieser ausgefeiltere Ansatz zum Thema Besteuerung steht überall im Zeichen der neuen Sozialdemokratie oder des neuen europäischen Sozialmodells.

Drittens: Das neue europäische Sozialmodell – so wie ich es sehe – muss sich der Vollbeschäftigung verschreiben, denn sie ist keine Utopie mehr und darf es auch nicht mehr sein. Genauso wenig darf sie mit dem Verrat an den sozialen Zielen assoziiert werden, denn in Europa gibt es schon heute Beispiele von Ländern, die wir alle kennen, in denen Vollbeschäftigung herrscht und das Engagement für die Ziele des Sozialstaatsystems und der Umvertei-

lung dennoch nicht stehen bleibt. Bei diesen Beispielen handelt es sich um die Länder Irland, Dänemark, die Niederlande, Österreich, Portugal, und ich würde gern auch Großbritannien in dieser Reihe nennen. Doch eine Annäherung an die Situation in den eben genannten Ländern hängt davon ab, ob wir es schaffen, den Wert der sozialen Gerechtigkeit in Einklang mit Vollbeschäftigung zu bringen. Vollbeschäftigung darf sich nicht als Ziel setzen, die Form anzunehmen, die sie in der Vergangenheit hatte. Vollbeschäftigung muss die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die Beziehung zwischen privater Sphäre und Arbeitswelt respektieren und einen Arbeitsmarkt schaffen, der mit dem der Vergangenheit wenig gemein hat. Man kommt nicht darum herum: Das neue europäische Sozialmodell heißt auch Arbeitsmarktflexibilität. Dies hat auch Herr Clement heute morgen schon mit Nachdruck geäußert. Es kann nicht gelingen, einen starren Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Flexibilität findet ihren Weg in den Arbeitsmarkt auch auf Umwegen. Sie tritt in Form von Untergrundwirtschaft, Steuerumgehungen oder als die innovative Art der Beziehung der Menschen zu ihrem Leben in Erscheinung, die außerhalb der Arbeitswelt liegt. Flexibilität entsteht in jedem Fall. Wir wollen eine angemessen kontrollierbare, regulierte Flexibilität. Die Realität zeigt, dass das möglich ist, nehmen wir nur die kalkulierbar gemachte verhandelte Ökonomie der Dänen. Daher muss das neue europäische Sozialmodell zwei Faktoren beinhalten: regulierte Flexibilität mit einem angemessenen Grad an Mindestlöhnen und eine – wie ich sie nennen würde – Humankapitalgarantie. Die Humankapitalgarantie ist das Entscheidende, denn sie ist es, die das europäische Modell der Flexibilität von dem amerikanischen unterscheidet, das eine Sozialkapitalgarantie nicht vorsieht. Die Humankapitalgarantie fordert von der Regierung die nachhaltige Garantie, aktive Umschulung und aktives Wiedereinbeziehen in den Arbeitsmarkt nicht nur zu ermöglichen, sondern diesen Punkten größte Aufmerksamkeit beizumessen. In den besser funktionierenden Volkswirtschaften Europas wird dieses Prinzip erfolgreich eingesetzt. Ein wirklich interessantes Phänomen sind die mitteleuropäischen Volkswirtschaften, und darüber hinaus entsteht ein neuer Ring von erfolgreichen, aufstrebenden Volkswirtschaften, der sich von Dänemark über die Niederlande, Irland, Portugal und Spanien erstreckt, wo die Arbeitslosigkeit rapide abnimmt, und sogar bis nach Griechenland (das eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung erlebt). Die zuvor schwachen Volkswirtschaften Europas beginnen nun, die Rolle des starken Europas zu übernehmen. Eine Orientierung an diesen Beispielen sowie der Versuch, die eigene Wirtschaft in diesem Sinne zu verbessern und auf diese Weise insbesondere Arbeitsplätze zu schaffen, steht nun auf der Agenda für die ehemals Starken. Wir wissen um die Möglichkeit, Arbeitsplätze in hohem Maße zu schaffen. Daher ist es an der Zeit, das Thema Arbeitslosigkeit in den Hintergrund zu stellen und statt dessen über Beschäftigung nachzudenken. Doch eine menschenwürdige Gesellschaft mit einem hohen Maß sozialer Gerechtigkeit erfordert als *conditio sine qua non* eine Beschäftigungsrate von ungefähr 70 %. Statistiken zeigen, dass die Beschäftigungsrate in Dänemark und in Großbritannien bei 78 % liegt. Die neuesten Zahlen belegen, dass die Beschäftigungsrate in Deutschland nur 64 % und in Italien 50 % erreicht. Nur wenn eine hohe Beschäftigungsrate gegeben ist, kann die Regierung Gelder an der Stelle ausgeben, wo sie gebraucht werden. Menschen wünschen sich vor allem Gesundheit und Bildung. Und wenn ein großer Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung einer Beschäftigung mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen nachgeht, kann die Regierung es sich leisten, in diese klassischen Ziele des Sozialsystems zu investieren.

Viertens: Das neue sozial-ökonomische Modell beinhaltet den Aufbau eines neuen Sozialpaktes, und auch dieser wurde schon von meinen Vorrednern erwähnt. Es gilt, den neuen Sozialpakt um die Doppelthemen „Chancen und Verantwortung“ herumzuziehen. Bewusst wähle ich den Begriff der Verantwortung und nicht den der Pflicht, weil die Menschen einen aktiven Beitrag leisten müssen, um Verantwortung zu tragen. In ganz Europa bezieht sich die Umorganisation des Sozialsystems immer wieder auf diese beiden Dinge: Chancen und Verantwortung. Diese Themen sind von größter Bedeutung für die Sozialdemokraten, weil sie

durch sie in der Regierungsposition sind und sie halten können. Ich kann auch erklären, warum: In allen europäischen Ländern spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung dafür aus, in Gesundheit und Bildung zu investieren und bis zu einem gewissen Grad auch für das Rentensystem. Nur in eingeschränktem Maße wird jedoch der direkte Einsatz von Geldern für die Verbesserung der Lebenssituation der Armen befürwortet. Der Anteil der Bürger Europas, die sich wünschen, die Regierung solle für diesen Zweck Gelder einsetzen, ist verschwindend gering. Dies stellt die Sozialdemokratie vor ein Problem, denn eines ihrer Hauptanliegen besteht darin, die Lebensbedingungen der benachteiligten Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Wie lässt sich das mit dem Ziel vereinbaren, einen neuen Sozialpakt mit einem klassenübergreifenden Konsens zwischen den benachteiligten Menschen und gerade der Mittelschicht zu schließen, die über die Informationstechnologie verfügt? Die ideale Lösung wird in einer Vielzahl von Studien zum Thema Chancengleichheit aufgezeigt: Die Angehörigen der Mittelschicht sind im großen und ganzen bereit, Programme für soziale Gerechtigkeit zu akzeptieren, solange es dabei um Chancengleichheit geht. Sie möchten Maßnahmen jedoch nicht auf ein passiv transferiertes Einkommen reduziert sehen, das Menschen zugute kommt, die trotz finanzieller Unterstützung die Chancen, die ihnen ihr Leben bietet, nicht nutzen.

Darüber hinaus gilt es, gegen die neuen Muster sozialer Ausgrenzung anzugehen. Viele wehren sich dagegen, den Begriff „Ungleichheit“ durch „Ausgrenzung“ zu ersetzen. Er muss in seiner Bedeutung bestehen bleiben. Doch die Ausgrenzung stellt in vielerlei Hinsicht ein neues Phänomen dar. Wir sehen uns mit neuen Mustern der Ausgrenzung konfrontiert. Das offenkundigste ist wohl durch das Aufkommen der neuen Wissensgesellschaft entstanden. Wie wir alle wissen, gibt es für Menschen mit geringen Fertigkeiten kaum Bedarf auf dem Arbeitsmarkt der Wissensgesellschaft. In der Folge findet auf der ganzen Welt eine Teilung der Gesellschaft von unten nach oben in zwei Klassen statt. Diese Klassenteilung wird gewissermaßen durch die Opfer des Sozialstaats begünstigt.

In den großen Staaten, die Europa umgeben, trifft man auf schlimmste Beispiele sozialen Mangels. Um diesen neuen Mustern der sozialen Ausgrenzung zu begegnen, ist der Einsatz gezielter politischer Vorgehensweisen erforderlich.

Letztendlich bin ich davon überzeugt, dass Sozialdemokraten nicht isoliert arbeiten können. Die Globalisierung ist in aller Munde. Doch Reden und Reaktionen auf nationaler oder regionaler Ebene reichen nicht. Wir brauchen eine globale Reaktion, nicht nur für die neuen Ungleichheiten, die durch die Globalisierung entstehen, sondern auch für die Forderung nach einer stärkeren Lenkung der Weltwirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die sozialdemokratischen Parteien und ihre Vorsitzenden, nach dem Vorbild der Parteivorsitzenden, die vor mir das Wort hatten, zusammenarbeiten und auf diese Weise an einer effizienteren Weltordnung arbeiten. Und ich wiederhole hier noch einmal, dass die Möglichkeit hierzu gegeben und keine Utopie mehr ist. Der Europäischen Union kommt in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle zu.

Es mag Ihnen unglaublich erscheinen, doch in Großbritannien wird die Europäische Union zum Teil leidenschaftlich verfochten – auch von mir. In ihrer Eigenschaft, keine traditionelle Vereinigung von Nationalstaaten zu sein, ist sie herausragend.

Die Europäische Union ist nicht mit den Vereinten Nationen oder anderen nationalen Instanzen zu vergleichen. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass sich Nationen aktiv zusammengeschlossen haben, um ihre gemeinsamen Ressourcen zu bündeln und um diese Ziele auch erreichen zu können, im Sinne der Erreichung dieses Ziels auch bereit waren, einige Aspekte ihrer Souveränität abzutreten. Diese Europäische Union könnte doch eine

Modellfunktion für andere Teile der Welt übernehmen und Wegbereiter sein, statt von Eurosklerose befallen zu werden. Meiner Ansicht nach ist dies heute schon der Fall, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Die Europäische Union wird schnell ihren Platz in der neuen Wirtschaft finden. Dazu ist politische Stärke erforderlich, und die links von der Mitte stehenden Politiker werden gefragt sein, eine Reihe politischer Vorgehensweisen zu adoptieren, die bisher nicht traditionell zur Linken gehört haben. Wenn das gelingt, und ich meine, dass der Gipfel von Lissabon ein großer Schritt in die richtige Richtung war, können wir uns wieder auf ein äußerst erfolgreiches, dynamisches, wettbewerbsfähiges Europa mit Vollbeschäftigung einstellen. Europa als konkurrenzfähiges Glied der Weltwirtschaft. Und ich hebe noch einmal hervor, dass die soziale Gerechtigkeit an dieser Stelle eine Schlüsselrolle einnehmen wird. Der relativ hohe Grad an Chancengleichheit in den EU-Staaten wird einen Wettbewerbsvorteil in der neuen Weltwirtschaft ausmachen. Diese Behauptung lässt sich auf pragmatische Weise belegen: Wenn ein Bürger sozialstaatliche Leistungen erfährt, die ihn auch im Falle des Arbeitsplatzverlustes schützen, werden diese Leistungen ihm beim Wechsel seines Arbeitsplatzes helfen, sofern sie denn an richtiger Stelle eingesetzt werden, statt ihn im Gegenteil davon abzuhalten. Zum aktuellen Zeitpunkt sind die finanziellen Maßnahmen eher in einer Weise gestaltet, die Menschen davon abhält, einen Arbeitsplatzwechsel anzustreben, und zwar, entweder weil kein wirklicher Schutz gegeben ist oder weil das System nicht stimmig ist. – Das ist zumindest die Regel in einigen Ländern. Doch Sicherheit kann helfen, die Initiative zu ergreifen. Daher scheint mir der Gedanke, die kommenden zehn Jahre gehörten der Europäischen Union und nicht den Vereinigten Staaten, wie ihn schon so einige formuliert haben, durchaus nachvollziehbar. Die Europäische Union ist startbereit für einen wettbewerbsfähigen Auftritt in der Wissens- und Informationsgesellschaft, und wenn wir einen Strukturwandel vollziehen, werden wir dieses Ziel erreichen. Letztendlich kann man die meisten dieser Punkte als Politik des dritten Weges bezeichnen. Doch in meinen Ohren klingt der Begriff „der Dritte Weg“ nicht so, als ob er damit viel gemein hätte. Klar ist, dass es sich um einen strittigen Begriff handelt. Zur Zeit findet eine Umstrukturierung der Politik der Linken statt, und ich hoffe, dass die Labour Party, die SPD und die Sozialisten Frankreichs in Kooperation miteinander einen transnationalen Dialog, eine transnationale Politik und eine europaweite Politik begründen werden, die dazu beiträgt, die links von der Mitte stehende Politik an der Macht zu halten. In Deutschland, wie auch im Vereinigten Königreich, war die Linke lange Zeit nicht Regierungspartei. Mir liegt sehr daran, dass wir in den Gesellschaften von heute einen neuen Konsens zwischen den links von der Mitte ausgerichteten Parteien schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen können. Tony Blair hat von dem radikalen, progressiven Jahrhundert gesprochen. Ich wünsche mir eine Zusammenarbeit, die diesen Traum Wirklichkeit werden lässt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Birgit Mahnkopf

Der Vereinfachung und der Zuspitzung wegen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den von Herrn Clement genannten „wunden Punkt“ lenken, nämlich auf die Frage, warum es eigentlich notwendig ist, dass Sozialdemokraten von dem Gerechtigkeitsverständnis, das sie bislang geleitet hat, heute abweichen sollten. Gerechtigkeit soll nicht länger mit einer Reduzierung von Ungleichheit identifiziert werden; „begrenzte Ungleichheiten“, so hat es Wolfgang Clement formuliert, sollen zukünftig ein Mehr an Gerechtigkeit herbeiführen. Begründer wird dieser Kurswechsel mit der Hoffnung, daß durch „produktionsorientierte Ungleichheiten“ Wachstum und Innovationen gefördert würden. Ökonomisches Wachstum und technischer Fortschritt werden (noch immer) als notwendige Voraussetzung für die Lösung all unserer Probleme verstanden: für die Sanierung der Staatsfinanzen, die Beseitigung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit, für die Finanzierung der Alterssicherung in einer alternden Gesellschaft und für die Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme in Zeiten globalen Wettbewerbs.

Nun ich bin um Kürze gebeten worden und kann daher nicht ausführlich begründen, weshalb der vorgeschlagene „Königsweg“ mitnichten eine „moderne“ Antwort auf die genannten und vor allem keine Antwort auf die dringlichen ökologischen Probleme ist. Statt dessen werde ich mich auf ein paar Kommentare insbesondere zu den Instrumenten und zu den unausgesprochenen Voraussetzungen jener Argumente beschränken, die in den Reden von Anthony Giddens und Wolfgang Clement vorgebracht wurden um zu begründen, weshalb eine Vergrößerung von Ungleichheiten am Ende mehr Gerechtigkeit verspricht als ein Festhalten an dem scheinbar veralteten Konzept der Verteilungsgerechtigkeit.

Zunächst ist zu fragen, worin eigentlich das Neue an der „Entdeckung“ besteht, daß (mehr) soziale Ungleichheiten eine positive Funktion für die wirtschaftliche Dynamik haben (können)? Handelt es sich bei dieser Denkfigur nicht um eine leicht angestaubte Reliquie aus der „Waffenkammer“ des Liberalismus? Wir haben soeben gehört, daß ein „zeitgemäßes“ Gerechtigkeitsverständnis nur noch ein Mindestmaß an materieller und sozialer Sicherheit erlaubt; legitim wären dann bestenfalls noch Hilfen bei der Bewältigung von Leistungsanforderungen des Marktes. Dafür steht der Begriff der „Chancengleichheit“. Unter Verweis auf Überlegungen von John Rawls soll der „Lotterie der Natur“ entgegen gewirkt werden – durch eine gewisse Unterstützung der Wettläufer beim Start. Wie schon einmal Ende der 60er Jahre, am Ende der „Wirtschaftswunderzeit“, wird dabei die Bildung in eine Schlüsselposition gerückt, sie soll bei der Bewältigung all jener „Handicaps“ helfen, die von den Individuen selbst nicht zu verantworten sind; das können „Belastungen“ sein, die etwas mit der sozialen Herkunft der Individuen zu tun haben oder mit der von Natur aus ungleichen Verteilung der Talente.

Allerdings ist nicht nur die Grundidee einer Funktionalität von sozialer Ungleichheit alles andere als neu, auch die Instrumente sind es nicht, mit denen die heute als störend und belastend empfundene Verteilungsgerechtigkeit in den Hintergrund gedrängt wird. Angesprochen wurden Steuersenkungen, eine stärkere Lohnspreizung und die (weitere) Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. All dies sind aber Maßnahmen, die in Deutschland (wie anderswo auch) bereits seit Beginn der 80er Jahre verstärkt zum Einsatz gekommen, bis heute aber nicht zu einem beschleunigten Wachstum und vor allem nicht zu einer Ausweitung von existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen geführt haben. Wie wir alle wissen, werden die Gewinne der Unternehmen, die durch die genannten Maßnahmen während der letzten Dekade deutlich gestiegen sind, nicht in die Realökonomie, also zur Ausweitung von Produk-

tion und Beschäftigung investiert, sondern auf die Finanzmärkte geschafft. Das ist auch nicht verwunderlich, solange die realen Zinsraten auf Finanzvermögen, die auf globalisierten und deregulierten Finanzmärkten gebildet werden, oberhalb der durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Wachstums liegen – und dies ist nicht nur in Deutschland sondern auch in den anderen Industrieländern seit Beginn der 80er Jahre der Fall. Unternehmer werden ihre Gewinne nur dann reinvestieren oder zur Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit Kredite auf dem Finanzmarkt aufnehmen, wenn sie mit einer Rendite rechnen können, die dem Niveau der globalen Zinsraten entspricht. Oder anders formuliert: Wer reales Wachstum stimulieren will, muß zuerst Druck auf eine Senkung der viel zu hohen Realzinsen ausüben. Dies hat bekanntlich Oskar Lafontaine versucht, wir wissen alle mit welchem Ergebnis.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt angelangt, von dem bislang nur indirekt die Rede war, nämlich bei dem Verhältnis von Markt und Politik. Was können wir den Märkten überlassen und was bleibt im Hinblick auf die Herstellung von Gerechtigkeit Sache der Politik? Im Verständnis von Adam Smith galten Marktergebnisse deswegen als gerecht, weil alle Marktteilnehmer die gleichen Freiheiten genießen. Allerdings hatten die Klassiker der Politischen Ökonomie dabei Waren- und Gütermärkte im Blick, nicht aber globalisierte und deregulierte Finanzmärkte. Diese sind aus strukturellen Gründen zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ungeeignet: Sie erzeugen Gläubiger- und Schuldner Verhältnisse, die zerstörerische Wirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausüben. Da sie unter normalen Umständen auch nicht umkehrbar sind, die Schuldner also nicht in absehbarer Frist zu Gläubigern werden können, kommt es zu einem höchst ungerechten Reichtumstransfer zugunsten von Geldvermögensbesitzern. Das läßt sich seit Ausbruch der Schuldenkrise der 80er Jahre in den Ländern des Südens an den ökonomischen und sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrisen in Mexiko, Asien, Rußland und Brasilien exemplarisch studieren.

Doch nicht allein unter dem Gesichtspunkt der „globalen Gerechtigkeit“, der für ein neues Grundsatzprogramm der SPD doch wohl zentral sein müßte, erweist sich das Vertrauen in die wohlstandsschaffende Funktion von Märkten als naiv, wenn nicht gar als zynisch. Jenes „realistische Mehr an Gerechtigkeit“, das Wolfgang Clement in Zusammenhang mit den „begrenzten Ungleichheiten“ vom Wirken der Marktkräfte erwartet, muß noch aus einem anderen Grunde enttäuscht werden: Anders als zu Zeiten von Adam Smith haben wir es heute nicht nur mit den für die lokalen Gesellschaften desaströsen Wirkungen deregulierter Finanzmärkte zu tun. Auch die noch immer national regulierten Arbeitsmärkte geraten unter Globalisierungsdruck. Diese Entwicklung ist mit weitreichenden Konsequenzen für die Leistungsgerechtigkeit verbunden, jener Variante von Verteilungsgerechtigkeit die – über wissenschaftliche Schulen und politische Lager hinweg – bislang eine Art liberales Minimalkonzept für Gleichheitsvorstellungen abgab.

Die einfache Gleichheit, also eine strikte Gleichbehandlung aller Individuen, war ja nie ein sozialdemokratisches Ideal. Gerechtigkeit wurde (nicht nur) in dieser Tradition immer gleichgesetzt mit der Vergrößerung von Gleichheit und sei es nur, daß die Ungleichheit ein wenig geringer wird. Dabei kam immer schon der liberale Grundsatz des proportionalen Vergeltens zum Zug: Unterschiede in der Verteilung von Gütern und Ressourcen gelten als legitim, so lange sie in einem spezifischen Bedürfnis, Verdienst oder in Leistungsdifferenzen begründet sind. Denn Gerechtigkeit hat etwas mit dem „rechten Maß“ zu tun, mit dem Vermeiden eines „Zuviel“ und eines „Zuwenig“. Bei der Verteilung von Lasten und Entschädigungen, Leistungen und Gegenleistungen, Rechten und Pflichten soll ein/e Jede/r bekommen, worauf er oder sie aufgrund anerkannter Kriterien einen Anspruch hat. Dies aber setzt einen allgemein anerkannten Maßstab voraus: für den Wert einer Leistung, durchschnittliche Leistungen, zumutbare Leistungsanforderungen und für eine Hierarchie von Tätigkei-

ten, die gesellschaftlich unterschiedlich bewertet werden. Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit verspricht jedem das, was er oder sie „verdient“. Die Funktionsstellen sollen nach ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang abgestuft und entsprechend proportional abgegolten werden.

In der Vergangenheit fand dies im nationalen Rahmen statt und wurde in nationalspezifischen Tarifvertragssystemen geregelt. Mit der Beseitigung von Konkurrenzgrenzen im Prozeß der ökonomischen Globalisierung – genauer: durch die Öffnung von Märkten und durch die Wirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – verlieren das „Normalarbeitsverhältnis“ und nationale Systeme der industriellen Beziehungen ihre normprägende Bedeutung. Damit schwindet zugleich der Maßstab für durchschnittliche Leistungen und durchschnittliche Leistungsansprüche im nationalen Rahmen ebenso wie auf der Ebene einer Branche oder innerhalb eines Unternehmens. Mit der Verbreitung von wissensgestützten Dienstleistungsökonomien wird der Wert einer Leistung vornehmlich über Angebot und Nachfrage auf globalen Märkten bestimmt. Auf die Bedeutung der einzelnen Leistungen für den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang (die entsprechend proportional abgegolten werden könnten) kommt es dabei immer weniger an. Im globalen Wettbewerb können sich schon kleinste Leistungsdifferenzen in riesigen Ertragsdifferenzen niederschlagen. Die Über- und die Unterbewertung von Leistungen ist gleichsam konstitutiv für die „wissensgestützte“ Dienstleistungsökonomie.

Die Folge ist, daß mobile Produktionsfaktoren, dazu rechnen in erster Linie Sach- und Geldkapital, in zweiter Linie aber auch hochqualifizierte Arbeitskräfte (insbesondere die sogenannten „high potentials“ in den produktionsnahen Dienstleistungsbereichen der „New Economy“), ein Mehrfaches der einstmaligen üblichen Spitzenverdienste für sogenannten „Leistungsträger“ einstreichen können. Gleichzeitig werden die Leistungen der weniger mobilen Arbeitskräfte – seien diese nun abhängig Beschäftigte oder kleine Gewerbetreibende, die die globalen Standards nicht erfüllen – zu deutlich schlechteren Konditionen nachgefragt; und dies, obwohl sie im Vergleich zu früher schneller, flexibler, billiger, kundenfreundlicher geworden sind. Nach den Spielregeln des „Rattenrennens“ werden sie zu Verlierern, weil irgendwo auf der Welt andere von der „neuen Ökonomie der Zeit“ gehetzte Menschen noch flexibler, besser und schneller waren als sie. Denn anders als die Regel- und Normensysteme, die im nationalen Rahmen (in demokratischem Prozedere) gebildet wurden und über Konjunkturen und Krisen hinweg etwas relativ Festes und Kohärentes darstellten – beispielsweise ein „Modell Deutschland“ mit all seinen Facetten – handelt es sich bei den auf globalen Märkten gebildeten Standards um etwas sehr Fluides. Weil der Wettbewerb niemals aufhört, verändern sich auch die Standards (und manchmal selbst die Regeln des Wettbewerbs) sehr schnell.

Ein immer größerer Teil der Erwerbsbevölkerung wird auf diese Weise „prekariert“, in „informelle“ oder gar illegale Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Viele Menschen, deren Leistungen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden – gering qualifizierte, ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen vor allem – werden zu einer „überflüssigen Restbevölkerung“, einem „neuen Subproletariat“, das mit Bedarfsberechtigung nicht mehr rechnen kann. Eine solidarische Umverteilung zu ihren Gunsten wird es nicht mehr geben, so beispielsweise Peter Glotz in seinem neuesten Buch, weil die Gewinner „nicht mehr teilen wollen“.

Hat die SPD also gut daran, die Verteilungsgerechtigkeit mit ihren beiden Elementen der Bedarfs- und der Leistungsgerechtigkeit zu verabschieden – weil die Märkte es so wollen? Was bedeutet es für die soziale Demokratie, wenn die Schwachen sich nicht länger auf soziale Rechte verlassen können, z. B. darauf, daß sie in gewissem Umfang vor den Leistungszumu-

tungen des Marktes geschützt werden? Und welche politische (und mediale) Kraft repräsentiert dann noch die Gerechtigkeitsvorstellung jener großen gesellschaftlichen Mitte der modernen Arbeitnehmer, die leistungsorientiert sind, qualifiziert und zur Weiterbildung bereit, flexibel und belastbar, die trotz gesteigerter Leistungsanforderungen Lohnzurückhaltung üben und dennoch in eine sehr unsichere Zukunft schauen? In der großen „Mitte“ der Gesellschaft, die sehr viel mehr moderne Milieus umfaßt als nur das „postmoderne“ der „neuen Mitte“, ist nicht nur das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit nach wie vor sehr tief verankert; einer repräsentativen Allensbach-Umfrage zufolge, ist auch die Bereitschaft hoch, für das gewohnte Maß an sozialer Sicherheit selbst den Preis höherer Steuern und staatlicher Reglementierung in Kauf zu nehmen. Die „high potentials“ der „neuen Mitte“ freilich sind diejenigen, die auf Verteilungsgerechtigkeit leicht verzichten können, weil sie durch die marktgenerierten Formen von „Gerechtigkeit“ profitieren. Daher entscheidet die SPD mit ihrer Debatte über den „Grundwert Gerechtigkeit“ auch, wessen Sprachrohr sie zukünftig sein will. Sicherlich lassen sich die Interessen an Bedarfsgerechtigkeit, an Leistungsgerechtigkeit und an marktvermittelter Gerechtigkeit heute nur noch schwer unter einem Hut bringen. Wenn jedoch die Herstellung einer „gerechten Gesellschaftsordnung“ dem Markt überantwortet wird, wäre dies zugleich eine Entscheidung gegen all jene Menschen, die von der Politik noch immer erwarten, dass die von ihnen tagtäglich erfahrene Gerechtigkeitslücke geschlossen wird – durch eine Verringerung und nicht durch die Vergrößerung von Ungleichheit.

Lassen Sie mich zuletzt wenigstens andeutungsweise ausführen, weshalb ich den von der SPD vorgeschlagenen Pfad eingangs als einen ganz und gar nicht „modernen“ bezeichnet habe. In der Tradition der Sozialdemokratie galt ökonomisches Wachstum schon immer als das Allheilmittel, mit dem man das Problem der Verteilungsgerechtigkeit bearbeiten und zugleich harte Umverteilungskämpfe umgehen konnte. Auch das von Wolfgang Clement skizzierte Konzept zielt auf die Erhöhung des Verteilungsvolumens im Zeitverlauf. Statt politischer Eingriffe in die funktionelle Wohlstandsverteilung zugunsten wirtschaftlich schwächerer Akteure sollen die Marktkräfte für Wachstum und Innovation sorgen – und dadurch zu „Wohlstand für alle“ führen.

Einmal ganz abgesehen davon, daß die ökologischen Voraussetzungen exponentiell gesteigerten Wachstums und damit zugleich die Probleme der „globalen Gerechtigkeit“ vollständig ausblendet werden: es gibt auch gute Gründe, die ökonomische Tragfähigkeit dieser Vision anzuzweifeln. Die Idee eines kurz bevorstehenden Booms, der uns schon in naher Zukunft ein beschäftigungswirksames Wachstum bescheren soll, ist inspiriert durch die von den Börsen und den Medien hochgejubelte „new economy“. Insbesondere der Boom, den neugegründete Internet-Unternehmen in den USA erleben, hat die Fiktion eines neuen ökonomischen Paradigmas entstehen lassen. Es ist dies die Fiktion eines weitgehend krisenfreien Wachstums, ganz ohne Inflation, ausgelöst durch exorbitante Produktivitätssteigerungen auf der Basis der neuen Technologien, die Lohnerhöhungen und gleichzeitig Stückkostenreduktionen möglich und daher Verteilungskonflikte überflüssig machen.

Daß es sich dabei in der Tat mehr um Wunschdenken denn um einen Königsweg aus dem seit mehr als 20 Jahren bekannten Dilemma von „Wachstum ohne Wohlstand“ oder „Wachstum ohne Beschäftigung“ handelt, könnte ein etwas genauerer Blick auf das „Modell USA“ verdeutlichen. Denn am US-amerikanischen Fall läßt sich exemplarisch studieren, daß auch die funktionelle Ungleichheit mit sozialen und ökonomischen Kosten verbunden ist. Dies sind u.a. Kosten, die für die öffentliche und private Sicherheit anfallen; allein die Verhinderung und Bekämpfung von Kriminalität schluckt 4% des dortigen Bruttoinlandsprodukts. Insgesamt betrachtet dürften die „Kosten größerer Ungleichheit“ wohl nicht geringer sein als die hierzulande zum „Standortnachteil“ stilisierten Kosten eines vor- und nachsorgenden Sozialstaats.

Außerdem könnte ein etwas genauerer Blick in die USA auch dazu verhelfen, hinter dem dortigen „Beschäftigungswunder“ Defizite der US-amerikanischen Ökonomie und Gesellschaft zu erkennen, die wir zum Glück in Europa (noch nicht) beklagen müssen. Es gibt ökonomische Grenzen für die absoluten Zuwächse des Wachstums, die mit dem bereits erreichten Wachstumsniveau in den Industrieländern zu tun haben; daran wird auch die „new economy“ nichts ändern. Was sich indes verändern wird, das ist das bislang noch niedrige Produktivitätsniveau von Dienstleistungstätigkeiten. Wenn in Zukunft, wie in der „alten Ökonomie“ in Vergangenheit und Gegenwart, die Produktivitätszuwächse die Zuwachsraten des Wachstums übersteigen, so ist mit einer weiteren Reduktion des Arbeitsvolumens zu rechnen.

Sehr viel grundsätzlicher muß aber noch danach gefragt werden, wie sich ein Konzept, daß die Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu einer erwünschten, aber keineswegs garantierbaren Nebenfolge ökonomischen Wachstums macht, mit den im Berliner Programm der SPD formulierten Zielsetzungen globaler Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verträgt. Können wir für uns, hier in Europa und in den anderen Industrieländern, wirklich ein dauerhaftes Wachstum von 3 oder 4 Prozent wünschen? Das entspräche, auf die nächsten 60 Jahre gesehen, einer Verzehnfachung der Produktion, mit einem entsprechend höheren Verbrauch an physischen Ressourcen und der Emission von Schadstoffen, es sei denn, beschäftigungsschaffendes zukünftiges Wachstum wäre vorstellbar ohne materielle Produkte, Transport und Verbrauch an natürlichen Ressourcen. Weil dies trotz aller Ansätze zur Steigerung von Energieeffizienz bloßes Wunschdenken ist und weil die natürlichen Ressourcen endlich sind, begrenzt weiteres Wachstum bei uns die Chancen des Wachstums in den Ländern des Südens. Dies ist aber nicht nur ungerecht, weil es die ökonomische und gesellschaftlichen Entwicklung gerade in diesen Ländern blockiert, es ist noch nicht einmal ökonomisch. Denn mit der Zunahme globaler Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen verschärfen sich zugleich soziale und politische Konflikte, Bürger- und Ressourcenkriege sind daher unausweichlich. Daß dabei ganz profane finanzielle Kosten auch für uns im sicheren Deutschland fallen, wird ins-besondere Herr Scharping bestätigen können: 10 Milliarden waren es, wenn ich mich richtig erinnere, im Falle des Kosovokrieges. Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik ist daher keineswegs billiger. So läßt sich die These aufstellen: Betrachtet aus der Perspektive ganzer Gesellschaften – und nicht etwa aus der von einigen wenigen Marktakteuren – rechnet sich (noch mehr) Ungleichheit nicht, von ethischen Prinzipien, von denen bislang noch keine Rede war und von einem gemeinsamen Interesse an der Sicherung des Friedens in einer kleiner gewordenen Welt, einmal ganz zu schweigen.

Meinhard Miegel

Ehe ich zum Thema Gerechtigkeit komme, möchte ich noch einige Gedanken zu dem von Frau Mahnkopf angesprochenen Wachstumsthema nachtragen. Für mich ist die Rolle, die dem Wirtschaftswachstum für unsere Gesellschaft zugewiesen wird, ebenfalls schwer nachvollziehbar. Wachstum soll alles richten, einschließlich sozialer Gerechtigkeit. Nur ist das Wachstum offenbar nie groß genug. Dabei habe ich den Eindruck, dass mit behaupteten Wachstumsdefiziten politische Defizite zugedeckt werden sollen. Denn an Wachstum hat es nun wirklich nicht gefehlt.

In den 25 Jahren von 1950 bis 1975 ist die deutsche Volkswirtschaft stärker gewachsen als in den vorangegangenen dreihundert Jahren. Und auch in der Folgezeit war das Wachstum im historischen Vergleich außerordentlich hoch. In den zurückliegenden 50 Jahren hat sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung real reichlich verfünffacht. Etwas Ähnliches hat es in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben. Doch den Politikern reichte es nie. Immer sollte es noch mehr sein. Deshalb wurde seit den siebziger Jahren selbst bei Wachstumsraten von jährlich real 4 vH und mehr nachgeheizt. Der Staat nahm Schulden auf, die bis heute nicht abgetragen sind, um die Wachstumsraten zu erhöhen. Das geschah nicht zuletzt der sozialen Gerechtigkeit willen. Gebracht hat es nichts.

Doch nun zur Gerechtigkeit: Wenn ich mir das alles so anhöre, scheint mir der Vereinigungsparteitag von Sozial- und Christdemokraten nicht mehr fern. Was hier die Herren Scharping, Clement, aber auch Giddens ausgeführt haben, steht weitgehend schon in der Mannheimer Erklärung und im Grundsatzprogramm der CDU aus der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. So wie jetzt wurde auch damals intensiv darüber diskutiert, ob Gerechtigkeit gleichbedeutend sei mit Chancen- oder Ergebnisgleichheit. Und das Ergebnis dieser Diskussion entsprach genau dem, was hier heute vorgetragen wurde: Gerechtigkeit manifestiert sich vor allem in Chancen- nicht in Ergebnisgleichheit.

Ich stelle das völlig wertneutral fest. Offensichtlich haben sich beide großen politischen Strömungen zur Mitte hin bewegt, die Christdemokraten von rechts, die Sozialdemokraten von links. Jetzt haben sie sich getroffen und zum Teil überkreuzen sie sich. Auch das ist keine Kritik. Nur sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass die heutigen Aussagen seit langem fester Bestandteil der politischen Debatte sind. Neu ist nur, dass sie jetzt auch von Sozialdemokraten so prononciert vorgetragen werden.

Für mich ist die getroffene Aussage „durch Leistung zu Wohlstand“, „durch Wohlstand zu mehr Gerechtigkeit“ zentral. Ich stimme ihr uneingeschränkt zu. Was aber bedeutet sie in Deutschland und der Europäischen Union? Werfen wir einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ärmsten, der Sozialhilfeempfänger. Der Ein-Personen-Sozialhilfehaushalt hat heute in Westdeutschland die gleiche Kaufkraft wie ein durchschnittlicher Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt 1955. Der Vier-Personen-Sozialhilfehaushalt verfügt jetzt über die Kaufkraft eines durchschnittlichen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts in der Mitte der sechziger Jahre. Das zeigt: Alle, besonders aber die wirtschaftlich Schwächeren, haben an der immensen Wohlstandsmehrung der zurückliegenden 50 Jahre teilgenommen. So gesehen ist die bisherige Gerechtigkeitsbilanz nicht schlecht. Die Ungleichheiten sind dadurch jedoch nicht geringer geworden. Die Verteilung materiellen Wohlstands ist so ungleich wie vor Jahrzehnten, geändert hat sich das Niveau.

Welche Schlüsse sind daraus zu ziehen? Sollen die bisherigen Proportionen und Relationen bei der Teilhabe an der Wohlstandsmehrung beibehalten oder sollen sie verschoben

werden? Und wenn ja, in welche Richtung? Soll die Teilhabe am materiellen Wohlstand gleicher oder ungleicher werden? Das ist keine akademische Frage. Denn was ist – Herr Clement hat das angedeutet – wenn durch eine gleichere Teilhabe die Produktivkraft und damit der Wohlstand insgesamt sinken, durch eine ungleichere hingegen steigen sollte? Was ist hier wünschenswerter? Mehr Gleichheit, auch wenn es dadurch möglicherweise allen schlechter geht oder mehr Ungleichheit, wenn durch sie auch der Lebensstandard der Ärmsten steigt? Gesellschaften haben sich bei der Beantwortung dieser Frage schwer getan. In Schweden beispielsweise hieß es bis weit in die siebziger Jahre: Ergebnisgleichheit ist gegenüber der Wohlstandsmehrung das höhere Gut. Herr Clement ist dieser Maxime heute nicht gefolgt. Aber wie sieht das die Sozialdemokratie insgesamt? Hat sie sich von dem Gleichheitspostulat wirklich so wie entfernt wie das heute hier zum Ausdruck kam?

Noch diskussionsbedürftiger erscheint mir die scheinbar so selbstverständliche Gleichsetzung von sozialer Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung. Diese Gleichsetzung wird wiederum nicht nur von Sozialdemokraten, sondern von allen Parteien vorgenommen. Ist sie aber richtig? Herr Giddens scheint dieser Meinung zu sein. Doch seine Begründung vermag mich nicht zu überzeugen.

Eine hohe Erwerbstätigenquote ist keineswegs Garant für großen Wohlstand, der ja wiederum Grundlage für mehr Gerechtigkeit sein soll. In der DDR lag die Erwerbstätigenquote zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bei 88 vH der Erwerbsfähigen, in Westdeutschland bei 64 vH. Trotzdem war in Westdeutschland das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt rund dreimal so hoch wie in Ostdeutschland. Nun können für diese Unterschiede sicher Sonderfaktoren angeführt werden. Aber auch im Vergleich ähnlich strukturierter Volkswirtschaften liegen jene mit hohen Erwerbstätigenquoten keineswegs immer vorne. Die Franzosen beispielsweise erwirtschaften mit deutlich weniger Erwerbstätigen erheblich mehr als die Briten. Die Mehrung des Wohlstands ist immer weniger vom geleisteten Arbeitsvolumen abhängig. Auch dazu ein paar Zahlen.

In Deutschland hat sich das Arbeitsvolumen, gemessen in effektiv geleisteten Arbeitsstunden, im Laufe des 20. Jahrhunderts sowohl pro Kopf der Erwerbstätigen als auch pro Kopf der Bevölkerung halbiert. Zugleich hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf versiebenfacht. Pro Stunde wird heute 14 mal so viel erwirtschaftet wie vor 100 Jahren. Noch nie haben Menschen mit so wenig Arbeit so viel Wohlstand erzeugt. Der Grund: Sie haben das bischen verbliebene Arbeit mit viel Wissen und Kapital unterfüttert. Wissen und Kapital – gewissermaßen geronnene Arbeit – sind die eigentlichen Wohlstandsquellen geworden. Gesellschaften, die über sie verfügen, sind reich. Gesellschaften, die nicht über sie verfügen, sind arm, gleichgültig wie viel sie arbeiten. Statt dauernd gebannt auf Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten zu starren, ist es lohnender, auf die Wissens- und Kapitalausstattung der Volkswirtschaft zu achten. Das gilt zumindest dann, wenn es um die Mehrung materiellen Wohlstands geht. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Die angestrebten Bemühungen, die Erwerbstätigenquote nach oben zu treiben, können unter Umständen sogar zu Wohlstandsminderungen führen, nämlich dann, wenn der Wissens- und Kapitalstock verzettelt wird. Eine solche Strategie kann dazu führen, dass bei stagnierendem oder sogar sinkendem Lebensstandard immer mehr gearbeitet werden muss. Die Amerikaner schrammten bereits mehrfach an diesem Dilemma entlang.

Wenn aber Wohlstand mehr und mehr durch den Einsatz von Wissen und Kapital und nicht durch mehr Arbeit entsteht, gewinnt die Frage nach der Organisation der Verteilung dieses Wohlstands an Bedeutung. Wie wird in einer Volkswirtschaft jene Wertschöpfung verteilt, die mit Erwerbsarbeit allenfalls noch mittelbar in Berührung gekommen ist? Mit einer höhe-

ren Erwerbstätigenquote ist dieses Problem nicht zu lösen! Die Vorstellung, Vollbeschäftigung sei der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit, ist deshalb nur sehr bedingt richtig. Die eigentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen liegen in der Wissens- und Kapitalgesellschaft auf einer anderen Ebene. Das bestätigt sich auch in jenen Ländern, deren Beschäftigungspolitik angeblich so erfolgreich ist. Ob in Irland, den Niederlanden, Dänemark oder Großbritannien – Modellcharakter hat aus meiner Sicht keines dieser Länder. In jedem von ihm herrschen Bedingungen, die auf Deutschland nicht oder nur in engen Grenzen übertragbar sind. Das gilt auch für die USA.

Deshalb meine Anregung: Vollbeschäftigung ist gut und recht. Sie sollte weiter angestrebt werden. Aber niemand sollte glauben, dass bei der Erreichung dieses Ziels die Gerechtigkeitsfrage beantwortet ist. Die Gerechtigkeitsfrage wird mehr noch als durch Vollbeschäftigung durch den langfristigen und zielstrebigsten Aufbau privater Vermögen beantwortet. Dazu finde ich in den bisherigen Aussagen der SPD noch zu wenig.

Wolfgang Thierse
Stellvertretender Vorsitzender der SPD,
Vorsitzender der Grundwertekommission

Schlussfolgerungen und Perspektiven.
Ausblick auf die Programmdebatte

Gerechtigkeit ist der für das Selbstverständnis der Sozialdemokratie zentrale Grundwert. Soziale Kompetenz war und ist das Schlüsselmandat für sozialdemokratische Politik. Sozialdemokratische Politik wurde immer daran gemessen, ob wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit einander ergänzen.

Deshalb betrifft das Thema „Gerechtigkeit“ nicht allein Werte und Einstellungen. Fragen der ethisch-moralisch gebotenen Verwirklichung von Gleichheit oder der Zumutbarkeit von Ungleichheit sind politische Grundfragen, die heute die Rahmenbedingungen demokratischer Verhältnisse unter den Herausforderungen einer globalen Ökonomie betreffen.

In den Grundsatzprogrammen der SPD haben die Grundwerte eine ständig wachsende Bedeutung erfahren. Im Berliner Programm sind die Grundwerte sehr differenziert behandelt worden und in den Grundlagen aus heutiger Sicht keineswegs veraltet. An der geschichtlichen Herleitung und Begründung aus den geistigen Wurzeln im Christentum, in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung und in der Marx'schen Gesellschaftslehre muss nichts geändert werden, solange wir daran festhalten wollen, die Begründung der Grundwerte nicht jeweils einer aktuellen Debatte anzupassen, sondern aus der historischen Erfahrung, wie vom politischen Auftrag her zu begründen.

Die aktuellen Fragen sind gleichwohl unvermeidliche Herausforderungen, sowohl was die Gewichtung der neuen sozialen Probleme betrifft, als auch die Kompetenzen des Staates, der Gesellschaft und des Einzelnen. Ich will daher an dieser Stelle mich im wesentlichen auf Fragen beschränken:

I.

Eine erste Frage könnte lauten, ob wir in einem künftigen Programm nicht sehr viel stärker die Motive und Argumente nennen wollen, aus denen heute Menschen, vor allem auch jüngere Menschen, für eine gerechte Gesellschaft eintreten und eine Politik der Gerechtigkeit unterstützen wollen. Damit verbindet sich die Frage nach dem in unserer Gesellschaft tatsächlich vorhandenen Gerechtigkeitsverständnis.

Welche Dimensionen des Gerechtigkeitsverständnisses spielen im heutigen politischen Selbstverständnis unterschiedlicher Gruppen und Milieus eine prägende Rolle, wie unterscheiden sich die verschiedenen Akzentuierungen in den verschiedenen Milieus? Gibt es im Hinblick auf unsere, im einzelnen noch zu klärende, Vorstellung von Gerechtigkeit eine breite gesellschaftliche Übereinstimmung?

Das Gerechtigkeitsverständnis des Berliner Programms ist in seinen Grundlagen differenziert. Es beruht allerdings auf der Auffassung, dass eine Reihe von Gleichheiten politisch realisiert werden müssen, um Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Stellt sich nun heute eher die Frage, welche Ungleichheiten ein zeitgemäßer Gerechtigkeitsbegriff verlangt? Wenn ja, wie verhalten sich diese Ungleichheiten zu den Gleichheiten, die auch künftig von einem normativ richtigen und wirklichkeitsnahen Gerechtigkeitsbegriff verlangt werden?

Stimmt es, dass Ungleichheiten in Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerechtfertigt sind, weil sie die Wohlstandsproduktion der ganzen Gesellschaft durch besondere Einzelleistungen steigern? Und wenn ja, welche zusätzlichen Freiheitsspielräume werden dazu gewonnen und kann darum auch zugestimmt werden? Wie sieht ein „produktionsorientierter“ Gerechtigkeitsbegriff, der solche Differenzierungen rechtfertigt in der Praxis aus? Welche Grundgleichheiten zum Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte sind unerlässlich und wie werden sie garantiert? Welche Rolle spielen dabei die Systeme der sozialen Sicherung und Vorsorge, wie Bildung, Gesundheitswesen, Alterssicherung?

Die Ungleichheitsdifferenzierung wird im politischen und öffentlichen Selbstverständnis überwiegend auf unterschiedliche Leistungsbeiträge zum Gemeinwohl zurück geführt. Verfügt unsere Gesellschaft über Maßstäbe und Verfahren, um den unterschiedlichen Wert der Leistungsbeiträge für den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu bemessen und danach Einkommen und Lebenschancen zu verteilen? Welche Rolle spielt der Markt dabei, welche die Politik, welche die Gesellschaft, welche die individuelle Verantwortung?

Gibt es eine Letzt- und Gesamtverantwortung der Politik für die Herbeiführung eines gerechten Zusammenhangs zwischen Leistung, Leistungsbeurteilung und Verteilung materieller Lebenschancen?

II.

Soziale Gerechtigkeit lässt sich ohne Solidarität nicht herstellen. Das Berliner Programm löst die Solidaritätsforderung aus dem Gruppenzusammenhang der Arbeiterbewegung und bezieht sie auf die Notwendigkeit eines gewissen Maßes nicht-egoistischer Handlungsorientierung für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wir müssen fragen: Was heißt Solidarität in der Gegenwartsgesellschaft mit ihrer erheblichen Zerküftung in soziale Milieus, mit ihrem voranschreitenden Maß an Individualisierung der Lebensweisen, der individuellen Wertmuster, der Lebensentwürfe?

Oft beobachten wir, dass sich solidarische Orientierungen, vor allem in der jüngeren Generation eher einerseits auf überschaubare Nahwelten und andererseits auf bestimmte Fernwelten z.B. Umwelt- und Dritte-Welt-Probleme konzentrieren. Für die Bereiche der mittleren Distanz, wie etwa die Region oder die Gesellschaft, in der der Einzelne lebt, sind die Bindungen und Identifikationen eher labil.

Wie lässt sich der Zusammenhalt großer Gesellschaften dann noch sichern, wenn nicht nationalistische oder ethnische Motive an diese Stelle treten sollen?

Individualismus muss Solidarität nicht widersprechen. Unter welchen Bedingungen sind individualistisch orientierte Individuen zur Solidarität bereit, welche Handlungsangebote begünstigen die Solidaritätsbereitschaft individualisierter Menschen in unserer Zeit?

An welchen Erfahrungsorten entstehen in der Gegenwartsgesellschaft Wertbindungen: welche Rolle spielt die Familie, die Schule, die Arbeitswelt, die Zivilgesellschaft, die Lebens-

welt, die große Politik? Wo liegen die strukturellen Hauptdefizite bei der Hervorbringung stabiler Wertbindungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglichen? Welchen Beitrag müssen die einzelnen Akteure auf ihren Handlungsfeldern selber leisten, welchen Beitrag muss die Politik leisten, welchen Akteuren obliegt welche Verantwortung für die Entstehung und Erhaltung der Werte?

Welche Rolle spielen die Grundwerte für den Zusammenhang der Gesellschaft, für die Legitimation der Politik, für die Erzeugung von Loyalitäten des einzelnen gegenüber seiner Gesellschaft, seinem Gemeinwesen, wie muss die Umsetzung für notwendig gehaltene Grundwerte erfolgen? Was kann die Politik versprechen? Wozu sollte sie auffordern, aber an andere Akteure als Verantwortliche verweisen?

Was sind die unverzichtbaren Verpflichtungen des Staates für die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft? Haben sich diese Verpflichtungen durch die Globalisierung verändert oder verringert oder sind sie dieselben und müssen nun auf anderen Wegen erfüllt werden?

III.

Das Thema „Gerechtigkeit“ berührt den Kern und die Grenzen der Politik. Gerechtigkeit ist das Recht und Staat konstituierende Prinzip, und zwar in der Demokratie unter dem „Prinzip der gleichen Freiheit“. Deshalb ist der Grundwert „Gerechtigkeit“ auch in Zukunft eine unverzichtbare politische Selbstverpflichtung. Sie ist nicht delegierbar in den Raum gesellschaftlicher oder zwischenmenschlicher Beziehungen.

Andererseits kann die Politik die Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft nicht allein tragen. Der Staat kann nur als Zweckverband der Gesellschaft Garant des Gemeinwohls sein, also die Rahmenbedingungen für die allgemeine und gerechte Teilhabe am materiellen und kulturellen Reichtum der Gesellschaft sichern. Eine der zentralen Fragen, die sowohl mit den Menschenrechten wie mit den Grundwerten zu tun hat, lautet daher:

Wie kann auch in einer zunehmend globalisierten Wirtschafts- und Gesellschaftswelt gewährleistet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Sicherung ihrer Menschen- und Bürgerrechte sowie zur Verwirklichung der Grundwerte ihr Mitbestimmungsrecht, wenn nicht gar das Letztentscheidungsrecht über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung inne haben und diese nicht an unkontrollierbare Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung oder der transnationalen Verknüpfung von Handlungszusammenhängen verloren geht? Wie weit muss die politische Mitbestimmung oder gar Letztentscheidungskompetenz reichen und wie kann sie in der gegenwärtigen Welt gewährleistet werden? Was bedeutet der staatsbürgerliche Letztentscheidungsanspruch für die Entwicklung von Demokratie im transnationalen Bereich? Was bedeutet er für die Verantwortung des Staates?

Angeichts der Fülle der Fragen steht aus meiner Sicht eines für die Programmdiskussion in der Sozialdemokratie außer Frage: Wir brauchen eine Rückkehr zu mehr Politik!

„Die großen Fragen der beginnenden Epoche – wie organisieren wir Sicherheit und Gerechtigkeit in der „Wissensgesellschaft“; welche kulturellen und sozialen Orientierungen wollen wir im Internet-Zeitalter unseren Kindern geben; wie soll sich der Staat in einer Gesellschaft drastischer Veränderungen organisieren – sind nicht anders zu lösen als durch Politik“ (Gerhard Schröder).

Forum Grundwerte heute – Gerechtigkeit

Diskussion im Forum (Auszüge)

Wolfgang Thierse:

Das waren kräftige Einwände und Anfragen. Ich freue mich darüber, das kann der Diskussion nur dienen. Ich will die Diskussion mit der zentralen Frage von Herrn Miegel beginnen. Herr Miegel sagt, über den Faktor Arbeit kann die immense Wertschöpfung, die so rasant gestiegen ist und weiter steigt, nicht umverteilt werden: Vollbeschäftigung ist als Ziel illusorisch. Meine Frage deswegen an Wolfgang Clement und Anthony Giddens: halten sie angesichts dieser Einwände an dem Konzept von Vollbeschäftigung fest; bleibt es das Zentrum von sozialer Gerechtigkeit? Und andere Frage anknüpfend an Wolfgang Clement: sollte man auch als Sozialdemokrat bereit sein, um der Vollbeschäftigung willen oder um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können, um Produktivität steigern zu können, die geeignet ist, Arbeitslosigkeit zu verringern, ein grösseres Ausmaß an Ungleichheit hinnehmen, als wir es in unseren Vorstellungen bisher uns erlaubt haben?

Anthony Giddens:

Das ist ein guter Ausgangspunkt für eine Diskussion, denn die Debatte zu diesem Thema wird allerorts mit denselben Argumenten geführt. Einige der Aussagen zum Thema Vollbeschäftigung treffen jedoch nicht zu. Es ist nämlich zwecklos, das moderne Vollzeitbeschäftigungsmodell beispielsweise mit dem osteuropäischen Modell zu vergleichen, denn jeder weiß, dass dort eine großangelegte Struktur das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit verschleiert, so dass in dieser Gesellschaft nicht von Vollbeschäftigung die Rede sein konnte. Selbstverständlich ist es immer möglich, sich herauszureden. Doch aus den genannten Gründen ist es ein Hauptanliegen der Sozialdemokraten, echte Verantwortung für das Erreichen eines möglichst hohen Vollbeschäftigungsanteils in der Bevölkerung zu übernehmen. Mit einem hohen Prozentsatz von Menschen in Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen besiegt man die Langzeitarbeitslosigkeit, das Kernproblem einiger EU-Länder. Ungefähr die Hälfte der Arbeitslosen in den EU-Mitgliedsstaaten sind Langzeitarbeitslose. Es gibt keinen Zustand, der mit sozialer Gerechtigkeit vergleichbar wäre. Soziale Gerechtigkeit ist aber der Ausgangspunkt, nicht das Ziel. Selbstverständlich ist die Definition von Vollbeschäftigung umstritten, und das wird sie immer bleiben. Aus diesem Grund bin ich dafür, dass wir die Abfolge umkehren und uns zunächst auf den prozentualen Anteil an Arbeitsplätzen konzentrieren, die wir schaffen können, also auf die vorhandene Arbeit und die menschenwürdigen Bedingungen, unter denen sie ausgeführt werden kann. Wir wissen nun darum, dass es möglich ist, einen hohen Prozentsatz von Menschen in Beschäftigung erreichen, und zwar bei guten Arbeitsbedingungen, die den Menschen angemessene Kernchancen bieten. Auf diese Weise entwickelt sich in einer Gesellschaft soziale Gerechtigkeit in wesentlich höherem Maße, als in einer Gesellschaft, die an Langzeitarbeitslosigkeit krankt oder in einer Situation, wie in Frankreich, wo ein Drittel der unter 25-Jährigen noch nie die Möglichkeit hatte, einer anerkannten Beschäftigung nachzukommen, oder in Italien, wo nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Land um diese Wirtschaft herum gespalten ist. Daher vertrete ich meinen Standpunkt weiterhin mit Nachdruck. Doch das Prinzip, nachhaltig in Menschen zu investieren, gilt auch für diejenigen, die sich derzeit außerhalb des Arbeitsmarktes befinden. Denken wir nur an die Lage älterer Menschen, und unsere Gesellschaft ist mittlerweile stark gealtert. Ist das Rentenalter niedrig angesetzt, sehen viele im Alterwerden gleich einen lähmenden Prozess, statt eine weiterführende Entwicklung. Diese kulturspezifische Haltung ist überholt. Ältere Menschen haben das Recht,



ebenso wie junge Menschen, ein erfülltes Leben zu führen, statt in ghettolähnliche Altersheime abgeschoben zu werden. Dieses Thema kann also vor einem breiten Hintergrund diskutiert werden. Doch ich halte mit Nachdruck an meiner Aussage fest, denn keiner der kritischen Redebeiträge hat tatsächlich das thematisiert, was ich als die Kernchance für die neue Sozialdemokratie in Europa ansehe, um die es doch geht.

Wolfgang Thierse: Wolfgang Clement

Wolfgang Clement:

Ich habe keine großen Probleme damit, dass andere sich auch da finden könnten, wo wir sind, oder hingehen, das ist nicht mein Problem. Wir sind da absolut offen; willkommen sind alle, die mitmachen wollen. Das mögen Sie auch als eine wahlkämpferische Aussage betrachten, aber es ist ernst gemeint.

Arbeitslosigkeit ist materiell, politisch und psychologisch die Ausgrenzung und die Ungerechtigkeit schlechthin, der Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit. Das ist meine Überzeugung und läßt sich auch an ganz konkreten Lebenssachverhalten darstellen. Ich beschäftigte mich viel mit Leuten ohne Ausbildungsplatz und mit jugendlichen Arbeitslosen. Diese Menschen sind auch materiell benachteiligt auf eine furchterliche Weise, von allem anderen abgesehen. Deshalb gehöre ich zu denen, wie Anthony Giddens, die überzeugt sind, dass der Schlüsselpunkt für die Frage der Gerechtigkeit wirklich die Frage der Lösung der Arbeitsmarktp Probleme ist. Und meine Kritik an der CDU/CSU, an dem was gewesen ist, ist auch nicht, daß sie philosophisch-politisch mit mir in irgendeiner Weise nicht übereinstimmt, sondern daß sie diesen Prozeß in Kauf genommen hat über viele Jahre. Das ist doch der politische Wettbewerb, in dem wir uns auch befinden. Es ist nicht gestaltet worden, man kann Wohlstand gestalten und Wohlstand ist nicht gestaltet worden in den zurückliegenden Jahren. Das ist meine Kritik. Unser Anspruch ist, diesen Wohlstand, insbesondere in der Form von Schaffung von Arbeit und Arbeitsplätzen zu gestalten.

Das Zweite ist: Nur durch die Mobilisierung aller Talente bringen Sie eine Volkswirtschaft, auch ökonomisch gesprochen, zur höchsten Leistungsfähigkeit. Die U.S.A., schaffen heute nicht einfach nur Vollbeschäftigung, sondern sie bringen auch Talente zur Geltung. Übrigens sie sind sehr viel offener, sie nehmen Ausländer auf, wenn sie Talente suchen und laden sie zum Wettbewerb ein. Die U.S.A. mobilisieren alle Talente. Wir schließen viele Talente aus. Durch die Mobilisierung aller Talente erreichen Sie neue Leistungsfähigkeit auch im Wettbewerb, im internationalen Wettbewerb. Eine unserer Schwächen ist doch, das ist ja der Grund für das amerikanische Jahrzehnt, daß wir in Europa die Potentiale nicht genutzt haben, die wir haben. Und zwar nicht nur in der Kommunikationsbranche, sondern auf vielen Feldern gleichzeitig. ...

Wir sind zur Zeit dabei, eine völlig neue Wirtschaftsregion gemeinsam - Benelux - Nordrhein-Westfalen - und andere zu entwickeln. Die Niederlande haben im Verhältnis zu uns es geschafft, den Arbeitsmarkt zu gestalten. Die Niederlande haben 37 % der Beschäftigten in Teilzeitjobs, aber sie haben sie in Jobs. Und das sind doch die Ressourcen, die wir völlig unheachtet lassen. Wir nutzen noch gar nicht die Potentiale, die wir gemeinsam haben, ausreichend: die Niederlande und wir. Mein Schlüsselerlebnis war wirklich der Gipfel von Lissabon. Zum ersten Mal haben wir von Europa aus den Wettbewerb mit den U.S.A. aufgenommen und wir versuchen bei uns die Potentiale auszuschöpfen, die vorhanden sind und dies gilt dann auch für die Bundesrepublik, in der das in den zurückliegenden Jahren aus meiner Sicht nicht geschehen ist.

Wolfgang Thierse: Rudolf Scharping

Rudolf Scharping:

Zunächst ein ganz kurzer Hinweis: Meinhard Miegel argumentiert ja als enger Vertrauter von Kurt Biedenkopf in einer Zeit - Mitte der 70er Jahre - wo Kurt Biedenkopf eine klare Strategie verfolgt hat, nämlich Begriffe besetzen: Man dürfe der Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht überlassen. Jetzt wendet er diese Strategie als Trick an nach der Methode, ich vergleiche Programme. Wenn Sie schon diese programmatische Konvergenz reklamieren, müssen wir auch schauen, was dann auf der Grundlage dieser angelegten programmatischen Konvergenz real geschehen ist. Und ob das, was in Programmen von Parteien vorausgedacht wird, in der Praxis der Partei dort ernst genommen wird, wo sie Gestaltungsmöglichkeiten hat. Da möchte ich doch zunächst darauf hinweisen, daß wie immer sich programmatisch die konservative Christdemokratie dargestellt hat, sie ihren eigenen Ansprüchen in keiner Weise gerecht wurde. So sind die Realitäten in Deutschland bis vor etwa zwei Jahren gewesen. Das ist der eine Punkt. Natürlich kann man sagen, wir sind der Auffassung, es müsse mehr für Bildung getan werden. Dann müßte ich dem entgegenhalten, daß ein ehemaliger sogenannter Zukunftsminister zugelassen hat, dass die Bildungshaushalte runter gefahren worden sind. Natürlich kann man sagen, wir stimmen überein, daß mehr für Ausbildung getan werden muß, dann müßte ich darauf hinweisen, was sich da alles tut, aber das will ich jetzt nicht tun, denn sonst sind wir schnell in der Gefahr, in eine Wahlkampfauseinandersetzung zu geraten.

Ist Wohlstandsmehrung Voraussetzung für Soziale Gerechtigkeit? Das kann man hinterfragen. Wenn man das aber hinterfragt, provoziert man eine Gegenfrage. Wird denn soziale Gerechtigkeit ohne Wohlstandsmehrung leichter erreichbar? Man kann nicht sagen, daß Wohlstandsmehrung die unabdingbare Voraussetzung für den Gedanken der Gerechtigkeit ist. Man sollte aber hinzufügen, daß mit Wohlstandsmehrung die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit auf jeden Fall leichter wird als ohne Wohlstandsmehrung.

Das ist ein unbestreitbarer Zusammenhang und vor diesem Hintergrund stellt sich dann die nächste spannende Frage, da spreche ich Sie an, Frau Mahnkopf: Verstehen wir Wachstum als Allheilmittel? Können wir uns statt dessen nicht die Frage stellen, welches Wachstum eigentlich? Was soll eigentlich wachsen? Wir reden davon, daß der Energieverbrauch gesenkt werden muß, das wollen wir ausdrücklich. Insofern wollen wir in diesem Gebiet kein Wachstum, aber höhere Produktivität. Es gibt andere Bereiche, da erhoffen wir uns mehr Wachstum und wollen das auch ausdrücklich, zum Beispiel im Bildungssektor. Nur schematisch nach Wachstum zu fragen, hilft uns in einer etwas fundierteren Debatte keinen Millimeter weiter. Denn natürlich ist Wachstum rein quantitativ betrachtet überhaupt kein Allheilmittel, aber das ist eine schon alte Diskussion.

Blind auf Wachstum zu setzen kann erhebliche Risiken aufwerfen. Also werden wir uns schon der Mühe unterwerfen müssen zu fragen, welche Sorte von Wachstum soll es denn eigentlich sein? Das wiederum stellt eine ganz andere spannende Frage, die für unsere politisch-programmatischen Überlegungen wichtig ist: Wie gewährleisten wir, dass wachsen kann, was nach unseren Auffassungen wachsen sollte? Zum Beispiel der Bildungssektor, z.B. die soziale Fürsorge, z.B. die gemeinsame Verantwortung und daß nicht wächst, was nicht mehr wachsen darf, z.B. Umweltzerstörung, z.B. höhere Ressourcenverschleuderung, usw.

Da kommen wir nämlich an die politisch sehr spannende Frage: Wie stellen wir uns den Staat vor, im Verhältnis zur individuellen Verantwortung und dem Verhältnis zur Verantwortung der Zivilgesellschaft? Welche Steuerungsfähigkeit der Politik und auf welchen Ebenen

wollen wir sie eigentlich erreichen? Und es hat mich doch sehr erstaunt, daß in den beiden kritischen Nachfragen hier auf dem Podium, überhaupt keine Rolle gespielt hat, daß diese Entscheidungen fast alle nur noch europäisch möglich sind. Und daß folgerichtig deutsche Politik sich europäisch definieren muß, sonst ist sie schlicht nicht mehr möglich, jedenfalls im Sinne von Gestaltungsansprüchen, wie wir sie vertreten wollen.

Ich wollte auf diese Dinge aufmerksam machen, weil es doch hoch interessant ist, zu sehen, daß es eine von der europäischen sozialen Demokratie angestoßene Diskussion ist, daß der Nationalstaat als Garant des Gesellschaftsvertrages an Bedeutung verliert. Und ob wir es mögen oder nicht, die europäische Union als Garant des Gesellschaftsvertrages, der „social contract“ von dem Anthony Giddens gesprochen hat, gewinnt an Bedeutung.

Demzufolge müssen vom Staat einige Fragen beantwortet werden. Und es war doch diese Einsicht der auslösende Gesichtspunkt dafür, daß wir jetzt über eine Grundrechtscharta auf europäischer Ebene nachdenken und wenn ich die Vorschläge unseres früheren Bundespräsidenten, Roman Herzog, für eine Grundrechtscharta in Europa durchlese, dann finde ich da – und dann kehre ich zum Ausgangspunkt meiner kritischen und manchmal ironischen Bemerkungen zu Meinhard Miegel zurück – eben sehr viel sozialdemokratisches Gedankengut wieder. Insofern lohnt es sich, das nachzulesen.

Und auch da werden schwerwiegende Fragen zu beantworten sein, nämlich ob wir soziale Grundrechte zunächst verstehen als das, was eine Zivilgesellschaft konstituiert, Rechte und Pflichten – Herr Giddens verwendet die bessere Formulierung „Freiheit und Verantwortlichkeiten“ – oder ob wir das, sowie das alte Denken es nahelegt, als reine soziale Abwehrrechte und in diesem Sinne bei Staat und bei Gericht einklagbare Rechte verstehen, was ich an die zweite Stelle setzen würde. Als Konstitutivum für die Zivilgesellschaft sind Freiheit und Verantwortlichkeiten das eigentlich Spannende und so wird die Grundrechtscharta der Europäischen Union und die Debatte über diese Grundrechtscharta ein sehr interessanter Punkt werden.

Wolfgang Thierse:

Herr Miegel, Sie haben hestritten, daß über den Faktor Arbeit, also über erreichbare Vollbeschäftigung nennenswert Wertschöpfung, Wohlstand, vermehrter Wohlstand umverteilt werden könnte. Mich interessiert nun, wo sehen Sie Instrumente/ Möglichkeiten? Wenn man bestreitet, dass Arbeit Wesentliches leisten könnte, man aber am Ziel der Gerechtigkeit oder jedenfalls an relativ mehr Gerechtigkeit festhält, was wären andere Instrumente jenseits der Sphäre der Arbeit im engeren Sinne?

Meinhard Miegel:

Herr Clement bemerkte ja, daß ich stärker aus der Statistik lebe als er. Das mag so sein, aber mitunter sind ja Statistiken auch ganz hilfreich. Schauen wir uns doch mal an, was seit Ende der 70er Jahre passiert ist. Seit dem Jahre 1978 hat sich die Kaufkraft aller Abhängig-Beschäftigten in Westdeutschland, für Ostdeutschland gilt aus bekannten Gründen etwas anderes, um Null erhöht. Die Kaufkraft der Abhängig-Beschäftigten aus ihrer Arbeit heraus hat sich nicht mehr verändert, und das in einer Zeit, in der der Wohlstand insgesamt um real 40 % gestiegen ist. Der Grund dafür ist, dass mit jeder Einkommenssteigerung das Arbeitsvolumen gesunken ist. Das heißt, der einzige Fortschritt der zurückliegenden 22 Jahre für die Abhängig-Beschäftigten besteht darin, dass sie jetzt die gleiche Kaufkraft in einer kürzeren Arbeitszeit verdienen als vor 22 Jahren.

Das zentrale Problem lautet, daß in der Zeit, in der die Kaufkraft Abhängig-Beschäftigter völlig stagnierte, die Kaufkraft aus Kapital um real 120 % gestiegen ist. Jetzt ist ein großer gesellschaftspolitischer Diskurs ausgebrochen, das ist doch ungerecht und das kann doch nicht sein. Und wie kommt es, daß der Faktor Arbeit nicht mehr beteiligt wird und der Faktor Vermögen in diesem Umfange beteiligt ist? Die ganz schlichte Antwort darauf ist: der Faktor Arbeit spielt im Wertschöpfungsprozeß nicht mehr die Rolle, die er mal gespielt hat und der Faktor des wissensgeladenen Kapitals ist heute ungleich bedeutsamer und das ist der Einsteig zur Antwort. Wenn wir versuchen, mit größten Kraftanstrengungen die Menschen in irgendeinen Job zu bringen, damit sie aus der Statistik heraus sind, dann kritisiere ich das nicht, dann sage ich: gut, ist wunderbar, wenn er daraus Befriedigung findet, wenn er sozialen Kontakt aufbaut, wenn sein Selbstwertgefühl sich entsprechend umgestaltet hat. ...

Wenn es uns nicht gelingt, die Beteiligung oder die Teilhabe der Menschen an der Wertschöpfungskapazität des Kapitals zu ermöglichen, dann sind unsere Vollbeschäftigungsaktivitäten schön und gut, aber sie sind wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie werden mich sofort fragen, wie können die Menschen über Vermögen, über Kapital an der Wertschöpfungskapazität des Kapitals beteiligt werden? Die einfache Antwort ist: über die sozialen Sicherungssysteme. Sie müssen umgestaltet werden, und das ist keine „Idee fixe“ von mir, wir müssen in diesem Bereich sehr schnell etwas umbauen, denn wir haben bereits viel zu viel Zeit veran. Die Vermögensbildungskapazität der durchschnittlichen Einkommensbezieher wird aufgefressen von der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. ...

Birgit Mahnkopf:

Jetzt habe ich endlich auch was gefunden, wodurch ich mich von Herrn Miegel unterscheiden kann und das beruhigt mich ein wenig. Natürlich ist es richtig festzustellen, wenn wir Steigerungen von Arbeitsproduktivität in dem Maße haben, weiter haben wollen, wie wir es bislang gehabt hatten, müssen wir auch mit den Konsequenzen, die Herr Miegel richtig ausgemalt hat, zurechtkommen. Permanente Reduzierung des gesellschaftlich verfügbaren Arbeitsvolumens. Es gibt allerdings auch unterhalb der radikalen Infragestellung – nicht der Vollbeschäftigungsvision, aber immerhin der Vision, dass sich über Arbeit gesellschaftlich vielleicht eher etwas herstellen läßt als über Geld. Stichwort ist vor allem dabei die Steuergerechtigkeit. Der Hinweis war, daß zwar Renten- und Pensionärshaushalte genauso wie Sozialhilfeempfänger etwas überproportional in den letzten Jahren profitiert haben, von der Wachstumsmehrung hingegen Arbeitnehmerhaushalte überhaupt nicht. Grandios profitiert haben die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und -vermögen. Und der Punkt ist, wenn schon europäische Perspektive, warum gibt es denn nicht von Seiten der Sozialdemokratie zumindest, europäisch eine Initiative, die auf gleichmäßige Besteuerung aller Einkommensarten, seien es Zinsen, seien es Profite, Gewinne, oder seien es personelle Einkommen, unabhängig von der jeweiligen Steuerheimat des Empfängers zielt und auf die Ermöglichung von fairem Steuerwettbewerb, was nichts anderes heißen kann, als eine Quellensteuer auf die Nettowertschöpfung. ...

Wenn ich die Marktdynamik sich selbst überlasse, schaffe ich einen immer effizienteren wettbewerbsfähigen Teil der Volkswirtschaft und einen anderen großen Teil, der, weil er nicht mehr wettbewerbsfähig ist, ausgegliedert wird. Das sind die vielen Arbeitsverhältnisse, von denen Herr Miegel sprach, 35 %. Ich war gerade in Mexiko, da liegt das schon eher bei 50 und 60 % von Menschen, die sich auf dieser Ebene, nämlich in dem informellen Sektor ernähren müssen. Das sind die nicht wettbewerbsfähigen Teile einer Ökonomie und die große Frage ist, müssen die Menschen, die nicht wettbewerbsfähig sind, deswegen schlechter ausgebildet sein, schlechtere soziale Sicherungen haben, schlechtere Betreuung im Falle von Krank-

heit und Alter haben? Oder ist es eine Vision, die durch politische Gestaltung verfolgt werden kann, und dazu brauche ich in der Tat Ressourcen in der öffentlichen Hand, dazu brauche ich qualifizierte Betreuungsarbeit im Falle von Gesundheit, im Falle von Kinderbetreuung und vieles mehr. Das heißt ein großer öffentlicher Sektor, der Beschäftigung nicht schafft, nur um dieses Vollbeschäftigungsziel zu erreichen, sondern weil Wohlstand etwas mit gutem Leben zu tun hat. Wohlstand hat eben nicht nur mit Geld und Mehrung von materiellem Reichtum, sondern mit gutem Leben zu tun und dieses gute Leben ist heute sehr wohl ausbuchstabierbar und viele Leute können das relativ genau beschreiben, was eigentlich dazu gehört. Dazu gehört vielleicht, daß einige das 4- oder 5-fache von anderen verdienen, aber vielleicht kann man sich irgendwie in einem öffentlichen Diskurs darüber einigen, daß es nicht das 10-fache sein müßte, was unbedingt ja das Leben angenehm macht und vielleicht können wir uns darüber einigen, dass wir das, was über das 5-fache hinausgeht, wegsteuern können für Aufgaben, von denen es nun wahrhaftig eine ganze Menge gibt.

Ein weiteres Stichwort war, da stimme ich mit Herrn Clement überein, Migration, um die demographische Herausforderung in irgendeiner Weise zu bewältigen, brauchen wir Migration. Aber wir brauchen dann in der Tat auch die ökonomische und soziale Integration der Migranten und die kostet Geld. ...

Wolfgang Thierse:

Das Problem solcher grundsätzlichen Debatten ist, daß es verschiedene Verstellungen geben kann. Wolfgang Clement hat sich zu dem Stichwort „Besteuerung“ gemeldet. Die Frage ist: Was ist leistungsfördernde Besteuerung? Und was wäre, das war Ihre Forderung, Frau Mahnkopf, eine gleichmäßige Besteuerung aller Einkommensarten, als eine mögliche Konkretisierung von nach wie vor aktueller, wie wohl „traditionalistischer“ Gerechtigkeit?

Wolfgang Clement:

Wir sollten versuchen ein gesellschaftliches Bild zu entwickeln, eine gesellschaftliche Vorstellung zu formulieren, die möglicherweise für Europa über die Nationalstaaten hinaus praktisch handhabbar und anwendbar ist. Und wir können damit möglicherweise, wenn wir dies in Europa zu Wege bringen, auch ein Stück weit die Welt verändern, das ist jedenfalls meine Vorstellung vom Leben.

Herr Miegel, auch kürzere Arbeitszeiten sind natürlich eine Umsetzung von Wohlstand. Zweitens: den gestalterischen Faktor haben wir in Deutschland vernachlässigt. In den Niederlanden ist gleichzeitig der Zugewinn verteilt worden, beispielsweise in Teilzeitarbeit, in Beschäftigungsverhältnisse für fast alle, inzwischen liegt die Arbeitslosigkeit bei 2,7 %. 37 % sind Teilzeitbeschäftigte in den Niederlanden. In Deutschland sind 17 % Teilzeitbeschäftigte. Das heißt: wären wir in der Bundesrepublik politisch gestalterisch so gut wie die Niederlande gewesen in den zurückliegenden Jahren, hätten wir dafür gesorgt, daß ein nicht zu unterschätzender Teil der Bevölkerung einen erheblich höheren Anteil am gesellschaftlichen Wachstum an Wohlstand gehabt hätte. ...

Das Zweite, was ich im Gegensatz zu Ihnen sagen würde, ist: wir haben in den zurückliegenden Jahren nicht genug geschaffen an wissenschaftlich gestützter Produktion. ... Die Diskussion um diese steuerrechtlichen Standards in Europa ist alljährlich. Die Frage ist, wann und wie setzen wir es um. Wir reden in Europa jetzt schon seit 2 bis 3 Jahren über a) ein faires Verhalten zwischen den einzelnen Staaten, wir reden b) über die Frage der Besteuerung, eine gemeinsame Besteuerung vom Kapitalertrag, wir reden über eine gemeinsame Energiebesteuerung,

wir reden über eine noch intensivere gemeinsame Mehrwertbesteuerung etc. etc., also sowohl das Unternehmenssteuerrecht als auch das Einkommensteuerrecht, als auch die Direkt- und Indirektsteuern versuchen wir anzunähern, nicht alle über einen Kamm zu scheren, aber einen gemeinsamen Standard zu entwickeln.

Deshalb: der Prozeß ist im Gange und ich bin überzeugt, es wird uns gelingen. Gelingt uns diese Verständigung in Europa, nicht nur über die steuerrechtlichen Standards, sondern zunehmend auch über ökologische Standards beispielsweise und über andere Standards, dann sind wir in einer anderen Lage im Verhältnis beispielsweise zu den U.S.A. Eine unserer Schwächen zur Zeit ist, daß wir weltwirtschaftlich nicht genügend Gestaltungsmöglichkeiten haben, weil wir zur Zeit nicht der adäquate Partner der U.S.A. sind. Schauen Sie sich doch einmal an, wie sich die internationalen Unternehmenskonzentrationen vollziehen, da ist Daimler-Chrysler die Ausnahme. Deshalb geht es auch darum, daß wir über diesen Weg, über den wir hier diskutieren, in eine gleichrangige Position kommen, um mitgestalten zu können, und zwar unter Leitideen mitgestalten zu können, die wir unter anderem hier versuchen zu entwickeln. Das ist der Kern der Diskussion aus meiner Sicht. Ich fürchte, wenn wir uns darauf nicht hinorientieren, dann werden wir uns in Grundsatzdebatten erschöpfen.

Wolfgang Thierse:

Meinhard Miegel wollte noch auf einen bestimmten Punkt hin widersprechen.

Meinhard Miegel:

Herr Clement, wir müssen uns doch einmal klar werden, wenn wir über die Arbeit und über die Verteilung der Arbeit, unterhalten, was meinen wir damit überhaupt? Ich habe darauf hingewiesen und ich glaube, das ist wirklich nicht bestreitbar, daß das Arbeitsvolumen überall sinkt. Und es sinkt mittlerweile seit rund 150 Jahren und ich habe darauf hingewiesen, daß es mit einer außerordentlichen Konstanz und Gleichmäßigkeit sinkt, pro Kopf der Bevölkerung, versteht sich. Hiervon gibt es eine einzige Ausnahme und das sind die Vereinigten Staaten seit ungefähr 10 - 12 Jahren, in allen Ländern, auch in den Niederlanden, sinkt das Arbeitsvolumen und jetzt habe ich folgende Möglichkeit: Ich kann sagen, so wie ich das auch in der Vergangenheit getan habe, ich fraktioniere diesen klein werdenden Kuchen des Arbeitsvolumens in immer kleinere Stücke und alle sind sie dann an diesem schrumpfenden Kuchen beteiligt, sei es in Form von kurzer Wochenarbeitszeit, kürzere Arbeitszeit, längeren Urlaub, mehr Teilzeit, mehr geringfügige Beschäftigungen oder was auch immer, oder ich konzentriere die Arbeit auf verhältnismäßig wenige. Die große Leistung der Niederländer besteht in der Tat darin, daß sie einen gesellschaftlichen Konsens gefunden haben, der es ihnen ermöglicht hat, ihren weiterhin schrumpfenden Kuchen auf die gesamte Erwerbsbreite der Bevölkerung zu verteilen. ... Nur was habe ich damit erreicht? Ich habe alle Leute beschäftigt, das ist ein Wert an sich, aber über dieses schrumpfende Arbeitsvolumen wird unverändert ein immer kleinerer Teil der Wertschöpfung verteilt, d.h. auch in den Niederlanden sind ja die Einkommen nicht gestiegen, sondern wenn ich mir jetzt die Lohnquoten nehme, dann sinken in allen Ländern der entwickelten Welt die Lohnquoten seit Mitte der 70er Jahre.

Wolfgang Clement:

Lohnquote und Arbeitsvolumens. Das ist genau der Unterschied. Sie wollen uns reduzieren auf die Verteilungskomponente und die akzeptiere ich nicht, weil ich auf beiden Feldern etwas erreichen will.

Meinhard Miegel:

Einverstanden. Ich habe darauf hingewiesen, in den Vereinigten Staaten sinkt das Arbeitsvolumen nicht, es steigt. ... In den Vereinigten Staaten habe ich die Situation, dass 25 % der Erwerbsbevölkerung, 60 % oder weniger des Medianeinkommens erzielen, die eine Hälfte ist drüber, die andere Hälfte ist drunter.

In Deutschland liegt dieser Anteil bei 13 %, d.h. in den Vereinigten Staaten ist dieser Anteil fast doppelt so hoch wie bei uns.... Unbestreitbar ist, dass ein immer höherer Anteil der amerikanischen Bevölkerung arbeitet, erstens; dass er länger arbeitet, die individuelle Arbeitszeit steigt auch und das immer höhere Anteile in Tätigkeiten absinkt, in denen vor 10, 15, 20 Jahren nur ein ganz kleiner Teil der amerikanischen Erwerbstätigen tätig war, ähnlich wie in Europa, ähnlich wie in Deutschland.

Wolfgang Clement:

Das ist jetzt wirklich eine Umkehrung der Realitäten, das empfinde ich wirklich als ein bißchen absurd. Diese Amerikaner, die dort hineinwachsen in diese Jobs, die immer noch unter der Qualität unserer Jobs sind, sind heute in besseren Jobs als sie vorher waren. Sie drehen die Debatte genau um. Vorher hätten wir beklagt, die Amerikaner haben keine Jobs, die Hälfte der Leute ist arbeitslos. Heute haben die Amerikaner Beschäftigungen geschaffen. Jetzt sagen wir, diese Beschäftigungen sind aber nicht auf unserem Niveau, nein. Das sind sie noch nicht, aber sie sind näher an unserem Niveau als je zuvor, wenn wir den Durchschnitt nehmen.

Meinhard Miegel:

Worauf ich hinaus will ist, wenn wir diese Art von Beschäftigung in Europa hätten, wie wir sie in Amerika haben, dann hätten wir Voll- und Überbeschäftigung. Wenn die Europäer, wenn die Deutschen bereit wären, in dieser Form Beschäftigung anzunehmen, dann gäbe es hier keine Arbeitslosen.

Wolfgang Clement:

Das ist klar.

Meinhard Miegel:

Gut, das heißt, wir haben doch hier offensichtlich keine ökonomische Barriere, sondern wir haben eine sozio-kulturelle Barriere. Die Deutschen, die Europäer, sind nicht in dem Umfange bereit, wie die Amerikaner, diese Art von Tätigkeiten zu übernehmen. ...

Wolfgang Thierse:

Zum letzten Beitrag will ich Frau Mahnkopf das Wort erteilen.

Birgit Mahnkopf:

Hier sind Vorschläge gemacht, nur darüber gibt es weder in Deutschland, weder in der SPD noch in Europa eine Einigkeit. Der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin als Aktienbesitzer, rationalisiert sich selbst weg, oder zumindestens andere Arbeitnehmer, solange die Realzinsen oberhalb der Wachstumsrate liegen, und das tun sie seit den 80er Jahren. Das heißt, wenn ich

mehr Arbeitsplätze möchte, muß ich etwas gegen die hohen Realzinsen tun, ich brauche in dem Kreis vermutlich nicht daran erinnern, daß Oskar Lafontaine versucht hat, das in die Debatte zu bringen. Er ist von den Märkten und von der Publizistik dafür abgestraft worden....

Natürlich weiß ich, dass in Europa über die Harmonisierung der Quellensteuer geredet wird, aber eben nicht über die gleichmäßige oder eine gleichmäßigere Besteuerung aller Einkommensarten. ...

Wolfgang Thierse:

Meine Damen und Herren, ich möchte mich herzlich bedanken. Ich denke, es war eine interessante und spannende Diskussion. Man könnte ja Herrn Miegel so verstehen und ich glaube, man versteht ihn dann nicht ganz falsch, wenn er uns geradezu auffordert, uns der Realität der Minderung des Arbeitsvolumens und starken anderen Verteilungskonflikten zuzuwenden....

Ich würde zum Schluß noch gerne eine Nebenbemerkung von Meinhard Miegel aufnehmen. Er sagte, wir haben es in Deutschland, und das heißt ja auch in Europa nicht nur mit europäischen Problemen zu tun. Wenn ich es richtig beobachte und die heutige Debatte war eine Bestätigung dafür, Grundwerte, Zielorientierungen, Orientierungen von Politik gewinnen wieder an Bedeutung. Die Diskussion über sie wird wieder interessanter. Das ist eine Beobachtung, die sich übrigens auf die Geschichte der sozialdemokratischen Parteitageprogramme beziehen läßt. In diesen Programmen sind Grundwerte immer wichtiger geworden und mir scheint es, dass hat damit zu tun, wo der historische Ablauf, wo die gegenwärtige Situation, dass politische Orientierungen und Interessenlagen eben weniger selbstverständlich aus homogenen Erfahrungs / Motivationsbegründungsräumen kommen, die sozial-kulturelle Milieus darstellen. Das ist es nicht mehr und deswegen bedürfen wir offensichtlich in einem viel stärkeren Ausmaß der Verständigung über politische Ziele. Die nicht nur tagespolitischer Natur sind, insofern ist von Grundwerten die Rede und ich denke, deswegen macht es Sinn, dass die sozialdemokratische Partei ihre Programmdebatte als Grundwertedebatte beginnt und natürlich danach fragt, mit welchen Instrumenten, mit welchen politischen Situationen, mit welchen Politikern solche Ziele zu verwirklichen sind. Es gut, dass wir diese Debatte fortsetzen wollen, danach fragen, genauer danach fragen, aus welchen Motiven Menschen heute noch, vor allem auch jüngere, für eine gerechtere Gesellschaft eintreten, oder eine Politik der Gerechtigkeit unterstützen wollen, genauer danach fragen, was, welche Begriffe von Gerechtigkeit und welche Dimension des Gerechtigkeitsverständnisses von besonderer Virulenz sind, als Orientierung von Politik, welche Begriffe von Gleichheit und welche Ungleichheiten welcher Art hinzunehmen sind. Das ist in der Podiumsdiskussion heute notwendiger oder verständlicherweise ein bißchen zu kurz gekommen. Welche sind denn die Grundgleichheiten, die unerlässlich sind? Es gibt darin europäische Traditionen, in denen die Sozialdemokratie steht? Ich halte den Sozialstaat für eine der großen europäischen Kulturleistungen, der zu verteidigen ist. Allerdings nicht in der Weise, dass wir ihn in jeder seiner Facetten sowie er gegenwärtig ist, erhalten müssen, sondern dass wir ihn neu formieren.

Wichtig finde ich auch, was Frau Mahnkopf an einer Stelle genannt hat. Wir hatten keine Zeit darüber zu diskutieren, was sind denn Maßstäbe, Standards von Gleichheit, von Gerechtigkeit? Was verändert sich, wenn wir tatsächlich in einer globalisierten Wirtschaft sind, aber der Nationalstaat immer noch sozial ist, vielleicht europäisch wird? Was heißt dann tatsächlich soziale Gerechtigkeit und müssen wir damit rechnen, ich will dieses Wort aufnehmen, dass wir es nur noch mit marktgenerierten Formen von Gerechtigkeit zu tun bekommen. Sozialdemo-

kraten werden dem nicht so gern folgen wollen, da wir ja, denke ich, immer noch an der Grundüberzeugung festhalten, dass der Markt unausweichlich Sozialungleichheit produziert und Sozialungleichheit voraussetzt und dass deshalb dann Politik notwendig ist, die für sozialen Ausgleich sorgt. Aber diese Politik für Sozialausgleich bedarf der Maßstäbe, die immer wieder neu definieren, was in einem gegebenen historischen Moment gerecht ist. Deswegen ist diese Debatte wichtig und wir werden sie hoffentlich in unterschiedlichen Variationen als deutsche, als europäische, als interdisziplinäre, sogar als Parteiübergreifende, jedenfalls als soziale gruppenübergreifende Debatte führen. So hat die SPD, so hat sich die Programmkommission, so hat sich die Grundwertekommission das vorgenommen; es geht darum, den Gestaltungsanspruch von Politik zu verteidigen.

Ich ende mit einem Zitat nicht eines Klassikers, sondern nur des Vorsitzenden der SPD:

„Die großen Fragen der beginnenden Epoche. Wie organisieren wir die Sicherheit und die Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft, welche kulturellen und sozialen Orientierungen wollen wir im Internet-Zeitalter unseren Kindern geben und wie soll sich der Staat in einer Gesellschaft drastischer Veränderungen organisieren? Sie sind nicht anders zu lösen als durch Politik“. Das, denke ich, ist ein wichtiger und sinnvoller Satz, wie hieß es immer bei Becht und wie wird es von Marcel Reich-Ranicki jeweils zitiert, Vorhang zu und alle Fragen offen. Ich habe von Meinhard Miegel im Vorgespräch nochmals als Erinnerung gehört, Fragegesellschaften sind produktiver als Antwortgesellschaften, ich weiß wovon er redet, ich habe den größten Teil meiner Biographie in einer langweiligen Antwortgesellschaft zugebracht, deswegen kann ich mit ganz viel offenen Fragen jetzt sehr gut leben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Impressum:

SPD Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Internet: <http://www.spd.de>
Druck: braunschweig-druck
10-00-A4-3, Art.-Nr.: 300 0134